

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1977	
Westliche Industrieländer: Verhaltenes Wirtschaftswachstum bei hoher Arbeitslosigkeit	15
Bundesrepublik Deutschland: Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs bei ungelöstem Beschäftigungsproblem	19

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 3-4/77

Berlin

20. Januar 1977

44. Jahrgang

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1977

Westliche Industrieländer:

Verhaltenes Wirtschaftswachstum bei hoher Arbeitslosigkeit

Die Prognose für das Wirtschaftswachstum im Jahre 1976¹ hat sich mit nur geringen Abweichungen für alle Industrieländer erfüllt. In einigen Ländern, so in Italien, Österreich und Japan, wurden die Erwartungen sogar übertroffen. Dabei zeigte sich vielfach eine erfreuliche Abschwächung des Preisanstiegs. Getrübt wird das konjunkturelle Bild 1976 – wie vorausgesehen – vor allem durch eine kaum verringerte Arbeitslosigkeit. Die weitgehende Übereinstimmung der realisierten und prognostizierten Jahreswerte für das Bruttosozialprodukt täuscht allerdings darüber hinweg, daß die konjunkturelle Entwicklung im Jahresverlauf in einigen wichtigen Punkten nicht den Erwartungen entsprach, die den Prognosen zugrunde lagen. Dies gilt insbesondere für den Zuwachs des Bruttosozialprodukts in den beiden Halbjahren und für die Investitionsentwicklung in der zweiten Jahreshälfte.

Auch 1976 war die wirtschaftliche Entwicklung in Westeuropa, den USA und Japan weitgehend gleichgerichtet. In den meisten Ländern ließ der starke Lageraufbau die Produktion zunächst kräftig steigen. Als dieser Impuls aus der Lagerbewegung nachließ, die erwartete Beschleunigung des Wachstums der Anlageinvestitionen aber ausblieb, flachte sich der Produktionsanstieg während der Sommermonate in allen wichtigen Industrieländern ab.

Dazu trug auch bei, daß im Gegensatz zum Jahre 1975, als durchweg anregende Wirtschaftsprogramme verabschiedet worden waren, der wirtschaftspolitische

Kurs in vielen Ländern wieder restriktiv wurde. Anhaltend hohe Preissteigerungen und erhebliche Zahlungsbilanzschwierigkeiten haben insbesondere in Italien, Großbritannien und Frankreich diese Schwenkung erzwungen. In Italien führte der kräftige Importanstieg zu drastischen währungspolitischen Eingriffen, die in der Folge durch eine Reihe von Maßnahmen zur Dämpfung des privaten Verbrauchs ergänzt wurden. Auch in Frankreich wurde die Restriktionspolitik im Laufe des Jahres erheblich verschärft; der im Herbst in Kraft getretene „Barre-Plan“ hat neben der Verlangsamung des Preis-Lohnauftriebs zum Ziel, über eine Dämpfung der Binnenfrage den Importanstieg zu bremsen und das hohe Handelsbilanzdefizit abzubauen. Großbritannien wurden nur deswegen umfangreiche internationale Stützungskredite gewährt, weil es sich zu einer restriktiven Haushaltspolitik verpflichtete, die allerdings das ohnehin unzureichende Wirtschaftswachstum zunächst weiter dämpft. Man hofft dabei, daß der Export nach der starken Pfundabwertung im Laufe des vergangenen Jahres bald die Rolle des primären Expansionsfaktors übernehmen wird.

Der internationale Austausch von Gütern und Dienstleistungen nahm 1976 kräftig zu und blieb auch im zweiten Halbjahr 1976 eine wichtige Konjunkturstütze. Dabei erhöhten sich Importe und Exporte der einzelnen Volkswirtschaften in unter-

¹ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1976. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 3-4/1976.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

Länder	Gewichte ¹⁾ 1975 in vH		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH								
	B S P	Ausfuhr der BRD	1975			1976 ²⁾			1977 ²⁾		
			real	nominal	Preise ³⁾	real	nominal	Preise ³⁾	real	nominal	Preise ³⁾
Bundesrepublik Deutschland	11,4	—	-3,2	4,7	8,1	5,5	9	3	5,5	9,5	4
Frankreich	9,1	17,9	-1,2	12,6	14,0	5	15	9,5	3,5	12	8
Großbritannien	6,2	7,0	-1,3	26,2	27,9	1	17,5	16,5	1,5	14,5	13
Italien	4,6	11,2	-3,7	13,2	17,5	4	21,5	17	1,5	15,5	14
Niederlande	2,2	15,3	-1,1	9,8	11,0	3	12,5	9	3	11	8
Belgien	1,7	11,6	-1,8	10,2	12,2	3,5	13,5	9,5	3,5	12	8
Dänemark	1,1	3,2	-1,3	11,5	13,0	5	13,5	8	2	9,5	7,5
Irland	0,2	0,4	-1,0	21,6	22,8	2,5	19	16	2,5	15	12
EG	36,5	—	-2,2	12,3	14,7	4	14	9,5	3,5	12	8,5
Schweden	1,9	5,6	0,8	15,6	14,7	2	12	10	3	13,5	10
Schweiz	1,5	6,6	-7,6	-1,5	6,6	1	3	2	3	6	3
Österreich	1,0	6,8	-2,0	6,7	8,9	4	12	7,5	4,5	12	7
Norwegen	0,8	2,4	3,3	14,7	11,0	5,5	16	10	7	16,5	9
Europäische Industrieländer	41,7	—	-2,1	11,9	14,3	4	13,5	9,5	3,5	12	8
Europäische Industrieländer ohne BRD	30,3	—	-1,7	14,6	16,6	3,5	15,5	11,5	3	13	10
Europäische Industrieländer ohne BRD ⁴⁾	—	88,0	-1,9	11,7	13,8	3,5	14	10	3	12	9
USA	40,9	9,1	-1,8	7,3	9,3	6,5	13	6	5	11,5	6
Kanada	4,3	1,3	0,6	11,4	10,7	5	13	7,5	4,5	12	7
Japan	13,1	1,6	2,1	9,4	7,1	7	14,5	7	7	14,5	7
Außereuropäische Industrieländer	58,3	—	-0,7	8,1	8,9	6,5	13,5	6,5	5,5	12	6,5
Außereuropäische Industrieländer ⁴⁾	—	12,0	-1,0	8,0	9,2	6,5	13	6,5	5	12	6
Insgesamt	100,0	—	-1,3	9,7	11,1	5,5	13,5	7,5	4,5	12	7
Insgesamt ohne BRD	88,6	—	-1,1	10,3	11,5	5,5	14	8	4,5	12,5	7,5
Insgesamt ohne BRD⁴⁾	—	100,0	-1,8	11,3	13,3	4	14	10	3,5	12	8,5

¹⁾ Auf Dollarbasis. — ²⁾ Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet. — ³⁾ Deflationierungsfaktor. — ⁴⁾ Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts

Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte			Importe		
	von Gütern und Diensten									1975	1976 ¹⁾	1977 ¹⁾	1975	1976 ¹⁾	1977 ¹⁾
	1975	1976 ¹⁾	1977 ¹⁾	1975	1976 ¹⁾	1977 ¹⁾	1975	1976 ¹⁾	1977 ¹⁾						
Bundesrepublik Deutschland	2,6	3,5	4,5	3,9	2,5	2,5	-4,1	4,5	5	-8,7	12,5	9,5	0,8	12,5	9
Frankreich	3,3	4,5	3,5	2,7	3	2,5	-4,3	2	2	-3,7	9,5	9	-7,0	12	10
Großbritannien	-0,7	0	-0,5	4,7	3	-1	-1,2	-4	2	-3,4	6	7	-6,6	6,5	3
Italien	-1,8	4	2	0,8	2	1,5	-12,7	0	0	3,1	9	8	-10,0	7,5	8
Niederlande	3,0	3	3	2,6	4	3	-3,9	-4	2	-2,9	9,5	7,5	-3,8	8,5	8
Belgien	0,8	3	3,5	8,1	4	3	-3,3	1,5	3	-9,4	6	6	-10,3	7	5,5
Dänemark	5,0	5	2	4,7	2	3	-7,9	8	2,5	-1,3	5	7	-5,0	13	3
Irland	-2,5	2	1	2,5	2	2	-5,5	0	-1	5,6	6	6	-13,1	6	6
EG	1,5	3	3	3,7	3	2	-4,9	1,5	2,5	-4,8	9,5	8	-4,9	10	7,5
EG ohne BRD	1,1	3	2	3,5	3	1,5	-5,2	0	1,5	-2,9	8	7,5	-7,3	8,5	6,5
Schweden	2,8	2	3	5,1	2,5	3	-1,7	2	3	-8,9	6,5	6	-1,6	5,5	5
Schweiz	-2,9	0,5	0,5	1,4	5	3	-13,7	-3	0	-6,8	7	7	-14,2	5	7
Österreich	2,5	4,5	4	3,0	3	3	-5,9	8,5	4	-7,2	8	7	-9,0	6,5	6,5
Norwegen	4,8	5	4	4,5	4	5	11,5	4	6,5	1,2	10	11	6,1	8	8,5
Europäische Industrieländer	1,5	3	3	3,7	3	2	-4,6	1,5	3	-5,0	9	8	-4,9	9,5	7
Europäische Industrieländer ohne BRD	1,1	3	2	3,6	3	1,5	-4,8	0,5	2	-3,6	8	7,5	-6,8	8	6,5
USA	1,5	5,5	5	3,0	1,5	2,5	-12,4	8	8	-6,8	6	6	-15,6	15	7
Kanada	4,9	5,5	4,5	3,8	3,5	4	2,4	5,5	6	-7,1	7,5	7	-2,5	8,5	8
Japan	6,0	5,5	6,5	6,8	5	4	-3,3	5	8	4,7	17,5	9	-8,1	9	9,5
Außereuropäische Industrieländer	2,7	5,5	5,5	3,6	2	3	-7,9	6,5	8	-3,8	9,5	7	-11,0	12	8
Insgesamt	2,2	4,5	4,5	3,6	2,5	2,5	-6,4	4,5	5,5	-4,6	9	7,5	-7,1	10,5	7,5
Insgesamt ohne BRD	2,1	4,5	4	3,6	2,5	2,5	-6,7	4,5	5,5	-3,7	8,5	7,5	-8,6	10	7

¹⁾ Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet. — Gewichte 1975 auf Dollarbasis.

Quellen: Vgl. Tabelle Entwicklung des Bruttosozialprodukts.

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Länder	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾			Lohnstückkosten ²⁾		
	Unternehmertätigkeit u. Verm.			unselbständiger Arbeit									in SZR		
	1975	1976 ³⁾	1977 ³⁾	1975	1976 ³⁾	1977 ³⁾	1975	1976 ³⁾	1977 ³⁾	1975	1976 ³⁾	1977 ³⁾	1975	1976 ³⁾	1977 ³⁾
Bundesrepublik Deutschland	3,8	14	10,5	4,1	7	9,5	7,2	8	4,5	7,5	1,5	4	9,5	6	6,5
Frankreich	- 0,9	17,5	15	15,8	12,5	10,5	0,3	12	11	17,2	7	7	27,6	0	6
Großbritannien	7,1	26	26,5	29,9	15	11	8,5	25	24,5	31,6	14	9,5	20,6	- 3	6
Italien	6,2	25,5	15	20,1	19	15	10,3	20,5	13,5	24,7	14,5	13,5	22,4	- 7,5	5,5
Niederlande	- 8,1	18,5	15	12,7	12	11	- 7,1	15	11,5	14,0	8,5	7,5	17,5	10	7,5
Belgien	3,1	17	16,5	14,0	13,5	11,5	5,0	13	12,5	16,1	9,5	7,5	18,7	11	7,5
Dänemark	- 7	8	9	15	12	9	- 6	3	7	16,5	6,5	7	19,5	8	7
Irland	12	21,5	19,5	21	17	12	13	18,5	16,5	22	14	9,5	11,5	- 3	6
EG	2,4	18,5	15	14,9	12	11	4,3	14	11	16,5	7,5	7	17,7	3	6,5
Schweden	- 9,7	4,5	15,5	19,9	13	12,5	-10,4	2,5	12	18,9	11	9	23,0	11,5	8
Schweiz	- 6,6	4,5	9,5	2,2	3	5	1,1	3,5	6,5	10,6	2	2	22,4	12	6,5
Osterreich	-11,9	14	13,5	12,9	10	10	-10,1	9,5	8,5	15,2	6	5,5	19,3	9,5	6,5
Norwegen	- 1,0	25,5	23,5	19,2	16	17	- 4,2	19	15,5	15,4	10	9,5	18,5	11	9,5
Europäische Industrieländer	1,1	17,5	15	14,7	12	11	3,0	13	11	16,3	7,5	7	18,2	4	6,5
USA	7,3	15,5	9	6,1	11	11	9,3	8,5	4	8,0	4	5,5	8,1	8,5	6,5
Kanada	8,5	13,5	15,5	15,3	15,5	13,5	7,9	8	10,5	14,6	10	8,5	10,4	19,5	7,5
Japan	11	16	16	15	13	13	9	8,5	8,5	12,5	5,5	6,5	9	12	7,5
Außereuropäische Industrieländer	8,6	15,5	11,5	8,5	11,5	11,5	9,0	8,5	6,5	10,5	5,5	6,5	8,8	11,5	7
Insgesamt	5,4	16,5	13	10,9	11,5	11,5	5,2	11	9,5	14,2	7	7	14,7	7	6,5

1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Brutto-sozialprodukts. — 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Brutto-sozialprodukts. — 3) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet. — 4) Es wurden grundsätzlich Wechselkursänderungen unterstellt, die die Unterschiede in der Lohnstückkostenentwicklung — ausgedrückt in Landeswährung — kompensieren. — Gewichtet mit 1974er Anteilen. Für 1) und 2): Ausfuhr auf Dollarbasis.

Quellen: SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW.

schiedlichem Tempo. In den USA und in den europäischen Problemländern nahmen die Importe kräftiger zu als die Exporte, und die Leistungsbilanzen wiesen in einigen dieser Länder ein beachtlich erhöhtes Defizit auf. Überschüsse erzielte neben der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz erstmals wieder Japan. Der im Konjunkturaufschwung erhöhte Ölverbrauch ließ zudem den Aktivsaldo der Leistungsbilanz in den Erdölländern erneut steigen. Eine Verbesserung ihrer Terms of Trade erleichterte es den nicht-erdölproduzierenden Entwicklungsländern, ihr hohes Leistungsbilanzdefizit etwas zu verringern.

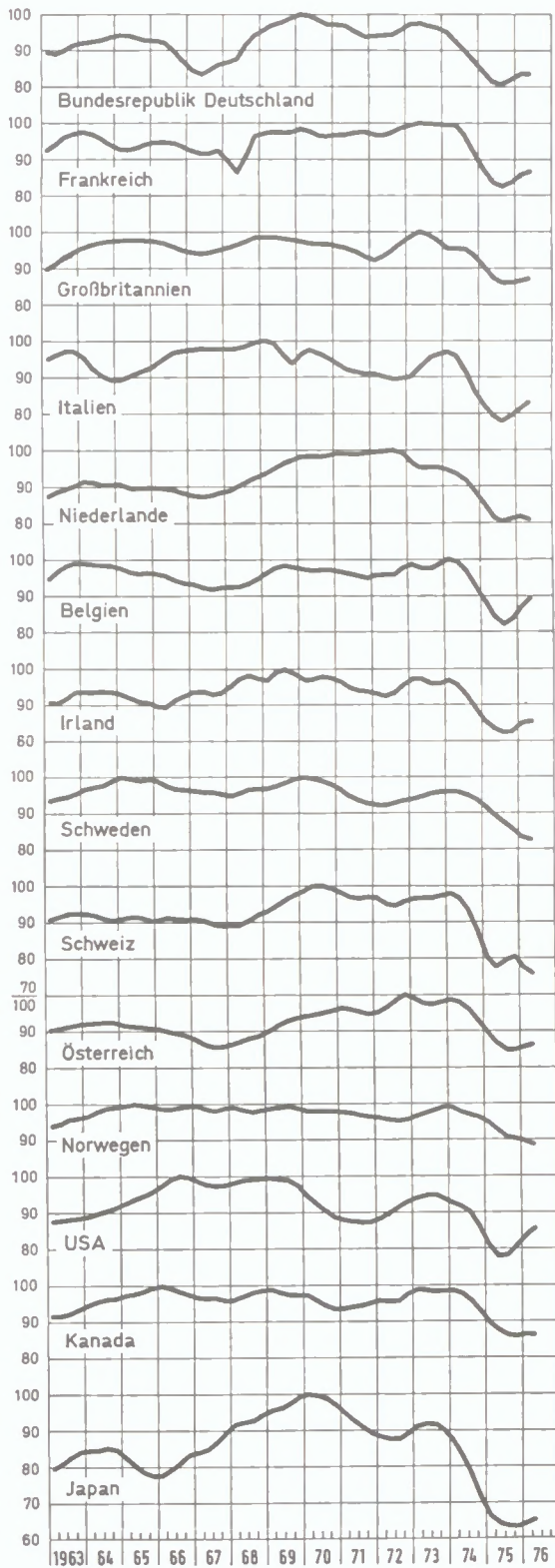
Die wirtschaftliche Lage in den westlichen Industrieländern ist noch immer labil. Zwar war damit gerechnet worden, daß sich der Anstieg des Brutto-sozialprodukts in der zweiten Jahreshälfte 1976 etwas verlangsamen würde. Ebenfalls war aber erwartet worden, daß die Anlageinvestitionen in den meisten Ländern verstärkt steigen und der Aufschwung sich weiter entfalten würde. Da die zurückhaltende Lohnpolitik der Gewerkschaften 1976 die Zunahme des privaten Verbrauchs in engen Grenzen hielt, wäre eine stärkere Ausdehnung der Anlageinvestitionen ohne die Herausbildung gesamtwirtschaftlicher Kapazitätsengpässe möglich gewesen.

Zwar hat sich — mit Ausnahme der skandinavischen Länder — die Kapazitätsauslastung überall schon seit dem Sommerhalbjahr 1975 erhöht. Doch

selbst in den Ländern, in denen sie sich besonders schnell verbesserte — wie in den USA — lag das Auslastungsniveau 1976 immer noch nicht über den niedrigsten Werten der sechziger Jahre. Der Kapazitätsspielraum der Industrie betrug Mitte 1976 in den meisten Ländern 10 bis 15 vH, in Japan sogar noch erheblich mehr.

Den hier vorgelegten Schätzungen des Sozialproduktwachstums liegen einige Annahmen zugrunde, die sich teils als zu optimistisch, teils aber auch als zu pessimistisch erweisen könnten. Zu optimistisch könnte die Annahme sein, daß es zu keinem neuerlichen Einbruch bei den Investitionen kommt, daß vielmehr die verbesserte Gewinnlage im Durchschnitt der Industrieländer eher zu einer weiteren Belebung der Investitionstätigkeit führt. Dies setzt auch voraus, daß vom privaten Verbrauch und von der Exportentwicklung weiter expansive Wirkungen ausgehen. Zu pessimistisch könnten die vorgelegten Schätzungen deswegen sein, weil nur die mit Sicherheit zu erwartenden wirtschaftspolitischen Programme berücksichtigt wurden. So steht in den USA der Einsatz konjunkturanregender Maßnahmen bevor, in Japan wurden solche Maßnahmen bereits Ende vergangenen Jahres ergriffen. In anderen Ländern könnte nun die weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit die wirtschaftspolitischen Instanzen dazu zwingen, erneut expansiv vorzugehen. In Großbritannien hindern allerdings die mit den internationalen Stüt-

KAPAZITÄTSAUSLASTUNG IM INDUSTRIELLEN BEREICH *



* Berechnet als gleitende 3-Quartalsdurchschnitte der Abweichungen, die der Industrieproduktionsindex vom Trend aufweist. Die bisherige Höchstauslastung ist gleich 100 gesetzt.

DIW 77

zungskrediten verbundenen Auflagen die Regierung an einer ausgesprochen expansiven Politik.

Weil das bisherige Vorgehen nicht den erhofften Erfolg hatte, sahen sich die USA und Japan schon jetzt zu einer expansiven Politik veranlaßt. Wie in den meisten übrigen Industrieländern hatte man auch hier darauf vertraut, daß die Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmen, wie sie 1976 zu beobachten war und auch für 1977 überwiegend nochmals zu erwarten ist, ausreichen würde, die Investitionen in einem Ausmaß anzuregen, das für die Sicherung eines anhaltenden, zur Vollbeschäftigung zurückführenden Wirtschaftswachstums notwendig ist. Man erwartete, daß die Verbesserung der Ertragslage die Unternehmen veranlassen würde, mit den Investitionen der Endnachfrage erheblich voranzueilen und dadurch einen Prozeß in Gang zu setzen, bei dem genügend Einkommen und damit zusätzliche Nachfrage geschaffen worden wäre, die die Investitionen schließlich gerechtfertigt hätten. Ein solches Unternehmerverhalten blieb bisher aus und ist bei dem gegenwärtig moderierten Konjunkturklima auch kaum wahrscheinlich.

Es kommt somit jetzt vor allem darauf an, die längerfristigen Absatzerwartungen der Wirtschaft zu stärken. Dies ist nur durch eine expansive Finanzpolitik zu leisten. Zwar engen hohe Defizite des öffentlichen Haushalts sowie – in den Problemländern – große Zahlungsbilanzdefizite den Handlungsspielraum der Regierungen ein. Jedoch wird immer mehr erkannt, daß Budgetdefizite nicht bei konjunktureller Flaute, sondern allein im Aufschwung und selbst dann nur allmählich zu beseitigen sind.

Auch die Lohnpolitik sollte vornehmlich dazu dienen, die Absatzerwartungen zu verbessern. Entscheidende Aufgabe ist es in allen Ländern, den Einkommenszuwachs so ausgewogen zu verteilen, daß auf der einen Seite die Entwicklung der Masseneinkommen keine Absatzprobleme entstehen läßt, auf der anderen Seite aber von den Gewinnen ein ausreichender Investitionsanreiz ausgeht. Schon wegen der Bedeutung der Verbrauchernachfrage für die Absatzerwartungen wäre es problematisch, wenn die Lohnabschlüsse auch 1977 – wie in den meisten Ländern 1976 – allenfalls die gegenwärtige Höhe der verfügbaren Realeinkommen garantierten. Fielen die Lohnerhöhungen dagegen zu kräftig aus, so würde sich entweder der Preisauftrieb beschleunigen, oder aber die Gewinnerwartungen der Unternehmen würden beeinträchtigt.

In der gegenwärtigen konjunkturellen Situation kann die Aufgabe nicht darin gesehen werden, im Konsumgüterbereich einen Nachfrageboom zu erzeugen. Vielmehr kommt es darauf an, die Expansion

der Konsumentennachfrage so zu verstetigen, daß ein Klima geschaffen wird, bei dem die längerfristigen Absatzerwartungen nicht mehr investitionsentmutigend wirken.

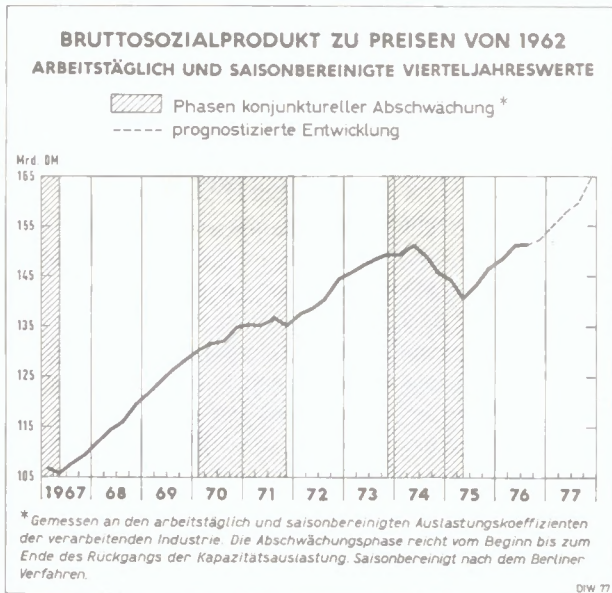
Um die Voraussetzungen für einen anhaltenden, nicht durch die Herausbildung von Angebotsengpässen gefährdeten Wachstumsprozeß zu schaffen, müßten bei verbessertem Konjunkturklima die Investitionen zunächst erheblich stärker als die übrigen Sozialproduktkomponenten zunehmen. Der Angebotsspielraum erlaubt gegenwärtig in fast allen Industrieländern eine solche überdurchschnittliche

Investitionsausweitung. Durch verstärkte Bereitstellung von Arbeitsplätzen könnte dann die Arbeitslosigkeit allmählich verringert werden.

Nach der vorliegenden Prognose wird 1977 allerdings die Arbeitslosigkeit in allen Ländern nur geringfügig abgebaut werden, zumal die Erwerbsbevölkerung weiter stark zunimmt. Kommt es nicht zu den notwendigen arbeitsplatzschaffenden Investitionen in der privaten Wirtschaft, so würde es die besorgniserregende Zunahme der Arbeitslosigkeit erforderlich machen, daß die Regierungen den staatlichen Sektor weiter ausdehnen.

Bundesrepublik Deutschland:

Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs bei ungelöstem Beschäftigungsproblem



Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist 1976 in eine Phase neuen Wachstums gelangt. Hatte der Produktionsanstieg, der im Spätsommer 1975 eingesetzt hatte, zunächst nur die vorangegangenen rezessiven Einbußen im Produktionsniveau wettgemacht, so übertraf das reale Bruttosozialprodukt vom dritten Quartal an wieder das Niveau, das es vor der Rezession – im Frühjahr 1974 – erreicht hatte.

Das Ausmaß des Produktionsanstiegs war im Jahresdurchschnitt größer, als es zu Jahresbeginn 1976 selbst in als optimistisch eingestuften Prognosen veranschlagt worden war: Das reale Sozialprodukt war um 5,5 vH höher als im Rezessionsjahr 1975. Trotz dieser unerwarteten Ausweitung von Nachfrage und Produktion sind Zweifel in die Beständigkeit des Aufschwungs nie ganz geschwunden, im zweiten

Teil des Jahres sogar wieder größer geworden. Der Grad dieses Pessimismus stieg und fiel mit dem wechselnden Tempo des Produktionsanstiegs.

Symptomatisch war die zunehmende Skepsis während der Sommerpause, die das saisonübliche Ausmaß überschritt. In dieser Phase wurde die Nachfrage nicht mehr ausgeweitet, die Produktion in vielen Zweigen der Industrie sogar eingeschränkt. Der Eindruck, den diese Unterbrechung im konjunkturellen Erholungsprozeß hinterließ, wurde auch nicht durch die starke Zunahme der Auftragseingänge bei der Industrie in den letzten Monaten verwischt, in der Wirtschaft blieb man skeptisch.

Dabei war schon lange zuvor klar gewesen, daß es im Jahresverlauf 1976 zu einer Verlangsamung des Aufschwungs im industriellen Bereich werden kommen müssen. Dafür gab es vor allem drei Gründe:

- Die Ausfuhr wurde in der Anfangsphase des Aufschwungs besonders durch einen Lageraufbau in den anderen Industrieländern begünstigt. Als dieser an Intensität verlor, hörte der Nachfrage- und Umsatzzanstieg vor allem im Auslandsgeschäft der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie zunächst auf.
- Der Verlauf der Inlandsnachfrage wurde ebenfalls – und parallel zu der des Auslands – durch lagerzyklische Vorgänge beeinflusst.
- Die im Investitionszulagengesetz vom Dezember 1974 festgelegten Termine führten zwangsläufig zu Diskontinuitäten bei Nachfrage und Produktion. Die Investitionstätigkeit wurde zu Lasten der nachfolgenden Perioden in die Zeit vor dem 30. 6. 1976² vorgezogen.

² Für Bauten gelten andere Fertigstellungstermine.

Nur wenn man diese Zusammenhänge außer acht läßt, wird man über das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo im zweiten Halbjahr 1976 generell enttäuscht sein können; tatsächlich bietet sie wenig Anlaß zu dem ausgeprägten, in der Wirtschaft noch immer herrschenden Pessimismus. Dies gilt unbeschadet der auch zur Jahreswende 1976/77 hohen und wieder über der Millionengrenze liegenden Zahl von Arbeitslosen. Der Aufschwung ist bisher von Produktivitätsfortschritten getragen worden, die Mehrung der Beschäftigtenzahl — auch in diesem Punkt bestätigten sich die Prognosen — kam zu kurz.

Der ungünstigen psychologischen Wirkung dieses Faktums steht der preisstabilisierende Effekt des starken Produktivitätsfortschritts gegenüber. Bei bescheidenen Steigerungen der Nominallöhne konnten so erhebliche Stabilisierungsgewinne erzielt werden. Diese sind nicht nur für sich gesehen erfreulich; auch der Spielraum für die wirtschaftspolitischen Instanzen, insbesondere die Finanzpolitik, wird größer. Ebenso wie bei der Arbeitslosigkeit ist ein Rückgang der hohen Finanzierungsdefizite erst auf mittlere Sicht zu erhoffen.

Die hier vorgelegte Prognose beruht auf dem Vertrauen, daß sich die Expansion in den westlichen Industrieländern fortsetzen und die Ausfuhr der Bundesrepublik dabei weiter fühlbar steigern wird. Dabei wird unterstellt, daß sich die Wettbewerbsposition der deutschen Exporteure nicht wesentlich verändert, d. h. der „reale“ Wechselkurs der D-Mark etwa konstant bleibt. Der private Verbrauch wird die Konjunktur in der Bundesrepublik stärker als im vergangenen Jahr stützen, weil die Netto-Realeinkommen der Arbeitnehmer wieder zunehmen werden und die Sparquote unter dem Einfluß disponibler werdender Langfrist-Ersparnisse niedrig bleiben dürfte. Mit dem sich dabei ergebenden weiteren Anstieg der Kapazitätsauslastung wird sich die Investitionsneigung im Inland kontinuierlich verstärken.

Maßnahmen zur Sanierung der Rentenfinanzen sind in die Prognose nicht eingerechnet, da Entscheidungen über Struktur und Ausmaß solcher Maßnahmen noch ausstehen. Dies bildet einen Unsicherheitsfaktor, weil Rückwirkungen solcher Eingriffe auf das Einkommen der privaten Haushalte sicher, Effekte auf den privaten Verbrauch nicht auszuschließen sind.

Die Prognose berücksichtigt das von der Deutschen Bundesbank für 1977 verkündete Geldmengenziel. Unterstellt wurde, daß die Finanzierung steigender privater Anlageinvestitionen wie auch der Einnahmefizite des Staates zu günstigen Bedingungen ermöglicht werden wird. Die Einflüsse, die von der Finanzpolitik ausgehen, wurden anhand der Haushaltsplanungen der Gebietskörperschaften

bestimmt. Noch in der Diskussion befindliche Maßnahmen sind nicht einkalkuliert worden.

Das Statistische Bundesamt hat während der Abschlußarbeiten an dieser Prognose seine erste vorläufige Berechnung des Sozialprodukts für 1976 veröffentlicht³. Über die Entwicklung im Jahresverlauf gibt diese Rechnung keine Auskunft, da die Aufteilung nach Halbjahren nicht vorliegt. Die aus der Vierteljahresrechnung des DIW ermittelten Ergebnisse führten zwar für das Sozialprodukt selbst, nicht aber für alle Komponenten der Verwendungsseite zu übereinstimmenden Ergebnissen. Dies gilt insbesondere für den Staatsverbrauch und seine Preiskomponente. Zudem fehlen noch nahezu alle statistischen Informationen für Dezember, so daß eine genaue Berechnung des vierten Quartals — auch vom Statistischen Bundesamt — nicht möglich war. Obwohl sich also teilweise unplausible Halbjahresverläufe für 1976 ergaben, wenn man an den vom Bundesamt im September veröffentlichten Ergebnissen für das erste Halbjahr 1976 festhält, wurde eine Anpassung an die vorliegenden Jahresdaten in der nachstehenden Prognose vorgenommen, um den Vergleich mit den amtlichen Ergebnissen zu gewährleisten.

Exporte nehmen weiter zu

Ausfuhr und Einfuhr der Bundesrepublik sind 1976 kräftig gestiegen. Mit ihrer raschen Zunahme haben die Exporte entscheidend zur gesamtwirtschaftlichen Erholung beigetragen. Preis- und saisonbereinigt haben sie nach der Jahresmitte wieder Anschluß an das vor der Rezession erreichte hohe Niveau gefunden. Ihr Expansionstempo hat sich in der zweiten Jahreshälfte indes, ebenso wie das der Einfuhr, etwas verlangsamt. Diese Entwicklung ist mit vom weltweit abklingenden Lagerzyklus geprägt worden. Dadurch wurde der Ausfuhranstieg der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien gebremst; die Einfuhr von industriellen Vorprodukten hat ebenfalls nicht mehr so stark zugenommen wie in der ersten Jahreshälfte.

Der Überschuß im Warenverkehr ist etwas niedriger ausgefallen als 1975. Der Rückgang des traditionellen Defizits im Dienstleistungsverkehr und der weitere Anstieg des negativen Saldos der Übertragungsbilanz hielten sich nahezu die Waage. Insgesamt hat sich der Überschuß in der Leistungsbilanz wegen der Entwicklung im Warenverkehr wiederum verringert; er ist damit weiter erheblich geringer als vor der Rezession.

Großaufträge hatten im Juli und August zu einer außerordentlich starken Erhöhung der Auftragsein-

³ Vgl.: „Statistischer Wochendienst“, Beilage zu Heft 2 vom 13. 1. 1977.

gänge aus dem Ausland geführt. Auch nach diesem Auftragsstoß waren die preisbereinigten Bestellungen aus dem Ausland höher als im Durchschnitt des zweiten Quartals; sie übertrafen die gleichzeitigen Auslieferungen weiter beträchtlich. Damit erscheint eine Fortsetzung der Exportausweitung bis weit in das Jahr 1977 hinein als gesichert. Allerdings wird das Anstiegstempo im Jahresdurchschnitt 1977 geringer sein als 1976.

Gehemmt wird die Ausfuhrentwicklung 1977 hauptsächlich durch die — aufgrund der Erdölverteuerung noch verschärfte — prekäre Zahlungsbilanzsituation bei wichtigen Handelspartnern in Europa, die auch deren konjunkturellen Aufschwung beeinträchtigt. Die Ausfuhren in die EG-Länder haben gegen Jahresende 1976 stagniert; der zu erwartende weitere Anstieg dürfte zunächst gering sein. Einer Ausweitung des Exportgeschäfts in Osteuropa sind wegen Devisenmangels der Staatshandelsländer relativ enge Grenzen gesetzt. Expansive Exportmärkte der Bundesrepublik sind damit, neben den OPEC-Ländern, die kleineren europäischen sowie die außereuropäischen Industrieländer.

Gestützt wird die Ausfuhrerweiterung durch die nach wie vor insgesamt große Angebotselastizität der deutschen Wirtschaft. Eine Ausnahme macht insbesondere die Automobilindustrie, wo die Produktion wegen Erreichens der Kapazitätsgrenzen kurzfristig nur noch wenig gesteigert werden kann.

Für 1977 wird bei der realen Ausfuhr einschließlich Dienstleistungen mit einer Zuwachsrate von 9,5 vH gerechnet. Bei dieser Tempominderung im Vergleich zum Vorjahr (1976: + 12,5 vH) spielt auch die starke Erhöhung des Außenwertes der D-Mark eine Rolle. Sie ist 1976 im Durchschnitt vermutlich größer gewesen als die Differenz im Kosten- und Preisanstieg zu den wichtigsten Partnerländern⁴. Trotz der Tempominderung wird die Ausfuhr aber auch 1977 eine tragende Rolle für die Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs spielen.

Für die reale Einfuhr wird mit einer Zuwachsrate von 9 vH ein nahezu ebenso kräftiges Wachstum wie für die Ausfuhr erwartet. Ihr Anstieg im Jahre 1976 war einmal durch den höheren Bedarf an industriellen Vorprodukten, zum anderen durch die lebhaftere Nachfrage nach ausländischen Fertigwaren-Endezeugnissen bedingt. Dieser Trend dürfte sich 1977 fortsetzen und die Bundesrepublik damit wiederum einen wichtigen Beitrag zur Konjunkturstabilisierung in den Partnerländern leisten. Es wird erwartet, daß die ausländischen Exporteure von Verbrauchs-, aber auch von Investitionsgütern wechselkursbedingte Preisvorteile dazu nutzen werden, weitere Marktanteile in der Bundesrepublik zu gewinnen.

Der Außenbeitrag wird sich 1977 bei dieser Entwicklung von Einfuhr und Ausfuhr und leicht verbes-

serten Terms of Trade erhöhen. Auch der Leistungsbilanzüberschuß dürfte 1977 bei nur geringfügig steigendem Defizit in der Übertragungsbilanz wieder zunehmen.

Verstärkung der privaten Investitionsneigung

Die realen Ausrüstungsinvestitionen haben 1975/76 von den konjunkturpolitischen Maßnahmen profitiert. Insbesondere hat die Investitionszulage zu einer Verstärkung der Investitionstätigkeit bis zur Jahresmitte 1976 beigetragen. Nach dem Auslaufen der Begünstigungsfrist, die hier an die Lieferung geknüpft war (30. 6. 76), sind die realen Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal jedoch — vorübergehend — zurückgegangen. Im Jahre 1976 ist insgesamt um 6 vH mehr in Ausrüstungen investiert worden als 1975. Für die Anfangsphase eines konjunkturellen Aufschwungs ist dies ein bescheidener Zuwachs.

Allerdings deutet wohl die Tatsache, daß das Niveau der Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Halbjahr etwa gehalten worden ist, auf eine autonome Festigung der Investitionsneigung hin. Verstärkt wird dieser Eindruck durch den Verlauf des inländischen Auftragseingangs bei den wichtigsten Herstellern von Investitionsgütern in den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres. Bemerkenswert war der Anstieg im Maschinenbau, dem „klassischen“ Lieferanten von Investitionsgütern. Er signalisiert ein erneutes Ingangkommen des Investitionsaufschwungs. Die Prognose über dessen Stärke ist jedoch schwierig, denn bei den Investoren ist weiterhin Unsicherheit über die Intensität des Nachfrageanstiegs und die Ertragsentwicklung anzutreffen. Sie dämpft die Bereitschaft zu neuen Engagements. Eine gravierende Rolle spielt in diesem Zusammenhang gegenwärtig die Ungewißheit über die Ergebnisse der Lohnrunde 1977. Die bisherige Erfahrung läßt jedoch erwarten, daß die Dispositionsfreudigkeit nach der Beseitigung dieses Unsicherheitsfaktors wieder größer werden wird. Ins Bild genommen werden muß auch, daß die Investitionsplanungen der industriellen Unternehmen für 1977 schon im letzten Herbst positiv waren. Werden die Ertragssituation und die Absatzentwicklung nach der Lohnrunde überschaubarer, ist mit einer Aufstockung dieser Pläne zu rechnen.

Der Anstieg der realen Ausrüstungsinvestitionen kann dabei 1977 noch etwas größer ausfallen als im letzten Jahr. In der Prognose wird mit einer Zunahme um rund 8 vH gerechnet. Es braucht nicht betont zu werden, daß konjunkturpolitisch eine noch

⁴ Von Jahresbeginn bis Jahresende 1976 stieg der Außenwert der D-Mark gegenüber der gesamten Welt um fast 15 vH. Dabei wurde mit dem Anteil der einzelnen Länder am deutschen Außenhandel (Spezialhandel) gewichtet. Vgl. Deutsche Bundesbank, Pressenotiz vom 7. 1. 1977.

größere Steigerung höchst erwünscht wäre, denn nur über stark steigende Investitionen, die dann auch zur Vergrößerung der Zahl neuer Arbeitsplätze führten, würde 1977 ein Beitrag zur Verminderung der hohen Arbeitslosigkeit geleistet.

Der Anstieg der realen Bauinvestitionen, der zur Jahresmitte 1975 begonnen hatte, setzte sich im Verlauf des Jahres 1976 fort. Angeregt durch die Investitionszulage und durch Programme zur Wohnungsmodernisierung und Bauspar-Zwischenfinanzierung ging die Aufwärtstendenz vom Wirtschaftsbau und Wohnungsbau aus. Die Bauinvestitionen des Staates sind dagegen seit Ende 1975 rückläufig, obwohl im Konjunkturprogramm vom August jenes Jahres erhebliche Mittel für zusätzliche öffentliche Investitionen vorgesehen waren.

Die Zuwachsrate der gesamten realen Bauinvestitionen gegenüber dem Vorjahr betrug 1976 nur 2,5 vH; sie wurde jedoch durch ungünstige Witterungsverhältnisse im ersten und letzten Quartal gedrückt. Die Staatsinvestitionen unterschritten ihr Vorjahrsniveau um rund 3,5 vH. Im Wohnungsbau wurde der Vorjahrsstand um den gleichen Satz übertroffen. Für die gewerblichen Bauten war nach dem starken Rückgang in den Vorjahren erstmals wieder ein Anstieg (um 7,5 vH) zu verzeichnen.

Im Wohnungsbau sollte bei Projekten, die unter das Programm zur Zinsverbilligung von Bauspar-Zwischenkrediten fallen, der Rohbau zum Jahresende fertiggestellt sein; Bauten der Wohnungsunternehmen, für die die Investitionszulage in Anspruch genommen wird⁵, müssen bis Ende Juni 1977 vollendet sein. Aus diesem Grunde ist in der ersten Hälfte dieses Jahres mit einem weiteren Anstieg der Bautätigkeit zu rechnen. Für das zweite Halbjahr zeichnet sich eine deutliche Abschwächung ab, obwohl die Nachfrage durch Altbaumodernisierungen gestützt wird. Für diese Vorhaben werden öffentliche Mittel über das Wohnungsmodernisierungs- und das Städtebauförderungsgesetz bereitgestellt; daneben bestehen weiterhin die Abschreibungsvergünstigungen. Im Jahresdurchschnitt werden die Wohnungsbauinvestitionen vermutlich preisbereinigt um 2 vH höher sein als im Vorjahr. Ein künftig steigender Trend deutet sich damit aber nicht an: Über das Jahr 1977 hinaus sind die Perspektiven für den Wohnungsbau wieder ungünstiger, vor allem wegen des Auslaufens öffentlicher Förderungsmaßnahmen im sozialen Wohnungsbau, wo bisher Anschlußregelungen fehlen.

Im Wirtschaftsbau erfordern die mit der Investitionszulage gesetzten Fristen (Fertigstellung bis Ende Juni, mit Ausnahme energiewirtschaftlicher Großprojekte, die erst Mitte 1978 abgeschlossen sein müssen) eine anhaltende Produktionssteigerung im

ersten Halbjahr. Im zweiten Halbjahr ist kaum mit einer Fortsetzung des Anstiegs der Investitionen zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt wird die Zuwachsrate (5,5 vH) geringer ausfallen als 1976.

Beiden Bauinvestitionen des Staates ist 1977 ein weiterer Rückgang zu erwarten. Die Nachfrageentwicklung im Jahre 1976 zeigt, daß davon vor allem der Hochbaubereich betroffen sein wird, denn die Vergabe von Tiefbaufträgen hat erheblich zugenommen. Die Planansätze für Investitionsausgaben der Gebietskörperschaften lassen für 1977 im Hoch- und Tiefbau eine rückläufige Nachfrage erwarten. Die Investitionen werden real etwa 3 bis 4 vH niedriger sein als im Vorjahr.

Insgesamt werden die realen Bauinvestitionen 1977 nur um 1,5 vH zunehmen. Damit sind weitere Beschäftigungsrückgänge im Bausektor vorgezeichnet. Wegen des anhaltenden Kostendrucks ist ungeachtet der zu knappen Nachfrage eine fühlbare Erhöhung der Preise für Bauten zu erwarten (+ 4 vH; 1976: + 3 vH).

Kräftiger Anstieg des privaten Verbrauchs

Das ganze Jahr 1976 über sind die Klagen über eine zu geringe Kaufneigung der privaten Haushalte nicht verstummt. Die Zunahme des privaten Verbrauchs um 8 vH (real 3,5 vH) im Durchschnitt des vergangenen Jahres steht zu diesen Urteilen offenbar im Kontrast. Zu bedenken ist aber, daß sich der Anstieg der Verbrauchsausgaben, insbesondere bei längerlebigen Gütern, auf eine relativ geringe Zahl von Gütergruppen konzentrierte. Teilweise dürften sich die Klagen auch auf überzogene Erwartungen gründen, bei denen die geringe Erhöhung der Nominaleinkommen der Arbeitnehmer nicht genügend berücksichtigt worden war. Insgesamt hat das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 1976 um rund 6 vH zugenommen; die starke Verminderung der Ersparnisbildung ermöglichte es, daß der private Konsum kräftiger expandierte.

Diese Ausweitung der Konsumausgaben vollzog sich in den letzten Monaten von 1976 bei einem nahezu stabilen Verbraucherpreinsniveau. Die Drei vor dem Komma ist seit September erreicht worden. Im Vorjahresvergleich ergibt sich für 1976 allerdings noch ein Preisanstieg von 4,5 vH.

Auch 1977 dürfte der private Konsum schneller als das verfügbare Einkommen steigen, da in großem

⁵ Neuere Hochrechnungen des Wohnungsbauministeriums veranschlagen das Zulagevolumen in diesem Bereich auf 1 Mrd. DM, ursprünglich waren nur 200 Mill. DM angenommen worden. Offenbar ist ein hoher „Mitnahme-Effekt“ bewirkt worden; die Baugenehmigungen für Mehrfamiliengebäude zeigen im relevanten Zeitraum keine starke Nachfragebelegung.

Umfang prämienbegünstigte Sparverträge auslaufen und ausgezahlt werden, die – vor allem in der zweiten Jahreshälfte – zu einem gewissen Teil auch für den Konsum verwendet werden. Die Netto-Realeinkommen der Arbeitnehmer werden voraussichtlich um 2 vH zunehmen.

Zur Jahreswende 1976/77 ist es – vor allem wegen der Erhöhung der Branntwein- und Tabaksteuer – zu einer leichten Beschleunigung bei den Verbraucherpreisen gekommen. Danach dürften sich die Stabilisierungstendenzen wieder durchsetzen, zumal der am Jahresende 1976 schon wesentlich über dem Jahresdurchschnitt liegende Außenwert der D-Mark den Inflationsdruck aus dem Ausland abschirmen hilft, dabei auch die Wirkungen der Ölpreiserhöhung stark dämpfen und allgemein die Konkurrenz der Anbieter verstärken wird.

Restriktive Ausgabenpolitik des Staates

Die konjunkturelle Belebung hat 1976 zu einer starken Erhöhung der Einnahmen des Staates geführt. Die Lohnsteuer ist nach dem rezessions- und steuerreformbedingten Einbruch von 1975 um 13,5 vH gestiegen. Die überaus hohe Aufkommenselastizität, die in der Relation von 13,5 vH Steuerermehreinnahmen zu 6,5 vH Zunahme der Brutto Lohn- und -gehaltsumme zum Ausdruck kommt und über den Elastizitätswerten vor der Steuerreform liegt, ist jedoch nicht nur auf die tarifbedingte Progression zurückzuführen. Die mit der Reform angehobenen Freibeträge, insbesondere für Vorsorgeaufwendungen, haben die Erstattungen im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleichs um rund 2 Mrd. DM gemindert.

Die Einkommen- und Gewinnsteuern haben ebenfalls stark reagiert: Die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer lagen 1976 vor Abzug der Investitionszulage (4,3 Mrd. DM) um mehr als 20 vH über dem Vorjahrsniveau. Für diesen Anstieg waren hohe Abschlußzahlungen aus Veranlagungsjahren vor der Rezession sowie – vermutlich – Anpassungen der Vorauszahlungen an die gestiegenen Gewinne ursächlich. Das Aufkommen aus den Steuern vom Umsatz ist mit gut 8 vH schwächer als das nominale Sozialprodukt gestiegen, weil im Beobachtungszeitraum vornehmlich die steuerfreien Exporte und die Lagerbildung zugenommen haben.

Die Gebietskörperschaften wie auch die Sozialversicherung haben ihr fiskalpolitisches Ziel für 1976, die Ausgabenexpansion scharf zu begrenzen, erreicht. Die Zunahme der Verbrauchsaufwendungen der Gebietskörperschaften blieb mit 5 vH deutlich hinter dem Zuwachs von 1975 (9 vH) zurück. Bei der Sozialversicherung reduzierte sich der Anstieg des Verbrauchs im Vergleich zu 1975 sogar um die Hälfte auf 9 vH. Die Gründe für den mäßigen Ausgaben-

anstieg des Staates lagen in den verhältnismäßig niedrigen Tarifabschlüssen, den Auswirkungen des Haushaltsstrukturgesetzes, in der Zurückhaltung bei den Sachkäufen (auch der Sozialversicherung) und – nach dem Rekordvolumen 1975 – einem deutlich gebremsten Anstieg der Sozialtransfers (Kindergeld, Arbeitslosenunterstützung).

Bei den staatlichen Investitionen ist es 1976 nicht nur zu einer Dämpfung des Ausgabenanstiegs, sondern sogar zu einer Minderung der Ausgaben gekommen. Befürchtungen⁶, daß der Staat die Konsolidierung der Haushalte über eine gedrosselte Investitionstätigkeit forciert, haben sich bestätigt. Die Bruttoinvestitionen des Staates lagen um 3 vH unter dem Vorjahrsergebnis.

Diese Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben brachte 1976 einen deutlicheren Wandel im Finanzierungssaldo als ursprünglich erwartet. Erstmals seit 1973 stiegen die Einnahmen des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) mit fast 12 vH stärker als die Ausgaben (7,5 vH); die Deckungslücke reduzierte sich um mehr als 13 Mrd. DM. Gleichwohl erreichte das Finanzierungsdefizit mit 48 Mrd. DM abermals eine beachtliche Größenordnung.

Die Perspektiven für die Ausgabenentwicklung im Jahre 1977 unterscheiden sich nur wenig von den Tendenzen des abgelaufenen Jahres. Die Zunahme der Ausgaben des Staates dürfte mit 7,5 vH wiederum geringer sein als der Anstieg des nominalen Sozialprodukts. Angesichts der nach wie vor hohen Defizite wird auch in diesem Jahr versucht werden, die Kostenkomponente „Beschäftigung“ einzudämmen. Auch die „Strukturverbesserungen“ werden sich in sehr engen Grenzen halten, so daß der Anstieg der Personalkosten fast ausschließlich durch die Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst bestimmt wird.

Die Sachaufwendungen von Bund, Ländern und Gemeinden dürften etwa mit der gleichen Rate wie 1976 ausgeweitet werden (+ 5 vH). Eine noch weitergehende Reduzierung der Zunahme der Sachkäufe der Sozialversicherung ist nicht wahrscheinlich. Die Entwicklung der laufenden Übertragungen (+ 8 vH) wird wesentlich durch die Rentenanpassung zur Mitte des Jahres geprägt, die mit 10 vH kaum geringer ausfallen wird als im vergangenen Jahr. Dagegen setzt sich bei den Einkommensübertragungen der Gebietskörperschaften die im vergangenen Jahr eingetretene abgeschwächte Entwicklung fort. Die Ausgaben für Kindergeld, Wohngeld und Ausbildungsförderung sind sogar rückläufig, da die Leistungen 1976 nicht an die Preis- oder Einkommensentwick-

⁶ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1976, a. a. O., S. 23.

lung angepaßt wurden und auch 1977 – mit Ausnahme der Ausbildungsförderung – nicht erhöht werden sollen.

Die vom Staat zu leistenden Vermögensübertragungen werden in diesem Jahr niedriger ausfallen: Die Auszahlung der Investitionszulage, die 1976 4,3 Mrd. DM ausmachte, wird auf den Betrag von 2,4 Mrd. DM zurückgehen.

Auch 1977 werden die Einnahmen des Staates (+ 9,5 vH) stärker steigen als die Ausgaben. Zu der kräftigen Erhöhung der Steuereinnahmen (+ 10 vH) trägt insbesondere die Lohnsteuer bei (+ 15 vH). Aufgrund der Reform der Körperschaftsteuer zum 1. 1. 1977, die eine Anhebung des Regelsteuersatzes (von 51 auf 56 vH) und eine verstärkte Besteuerung der Dividenden (von 15 auf 36 vH) vorsieht, sind Mehreinnahmen von mehr als 2 Mrd. DM zu erwarten, die aber zum Teil die Einnahmen von 1978 schmälern werden. Vor Abzug der Investitionszulage (1,1 Mrd. DM) dürften 1977 die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer um ein Viertel höher sein als im Vorjahr.

Die Steuern vom Umsatz werden im Einklang mit der Sozialproduktentwicklung expandieren. Die mengenorientierten Verbrauchsteuern dürften zwar ihrem bisherigen Trend folgen und nur schwach steigen. Aus der Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer sind jedoch Mehreinnahmen von rund 1 Mrd. DM zu erwarten.

Nach der hier vorgelegten Schätzung der Einnahmen und Ausgaben wird das Haushaltsdefizit der Gebietskörperschaften 1977 nochmals deutlich – nämlich um 12 Mrd. auf 33 Mrd. DM – abnehmen. Dagegen ist für die Sozialversicherung mit einer sprunghaften Erhöhung des Finanzierungsdefizits zu rechnen: Es nimmt in diesem Jahr um 4 bis 5 Mrd. DM auf rund 7 Mrd. DM zu, und zwar ausschließlich wegen der Entwicklung bei der Rentenversicherung⁷.

Weitere Expansion des realen Bruttosozialprodukts

Die von den Haushalten der Gebietskörperschaften vorgenommenen Ausgabenkürzungen belasten den Wirtschaftskreislauf und schmälern die Möglichkeiten zur Beschäftigungsmehrung, auch wenn man in Rechnung stellt, daß ein sichtbares Bemühen des Staates um Sparsamkeit das Vertrauen der Privaten in die Zukunft stärkt. Offen ist indes die Frage, ob diese psychologischen Wirkungen die Oberhand gewinnen gegenüber den dämpfenden Einflüssen, die über den Kreislauf ausgeübt werden. Dies erschwert eine quantitative Prognose der Produktionsentwicklung. Allerdings scheinen die Auftriebskräfte im privaten Sektor, die heute festzustellen sind, zusammen mit weiteren Impulsen von der Auslands-

nachfrage groß genug zu sein, daß die gesamtwirtschaftliche Produktionstendenz weiter aufwärts gerichtet bleibt. Die Quantifizierung der voraussichtlichen Endnachfrageentwicklung, bei der die Nachfragewirkungen des Staates berücksichtigt sind, läßt einen Anstieg des realen Sozialprodukts in einer Größenordnung erwarten, wie sie – vor einem Jahr fast überall erheblich unterschätzt – 1976 zu verzeichnen war.

Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials wird dabei weiter steigen, noch stärker der in der Industrie. Auch dies wird zu einer um sich greifenden Verstärkung der privaten Investitionsneigung führen und den seit 1970 anhaltenden Abbau der Zahl der Arbeitsplätze im Unternehmensbereich bremsen, zugleich auch zur Besetzung von vorhandenen freien Arbeitsplätzen führen.

Dennoch steht hinter dem hier prognostizierten Anstieg des realen Bruttosozialprodukts von 5,5 vH – bei weiter deutlich wachsender Produktivität – nur eine relativ bescheidene Erhöhung der Beschäftigtenzahl; bei den Arbeitnehmern beträgt sie etwa 1 vH. In ihrer Wirkung auf die Arbeitslosigkeit wird diese Vergrößerung der Beschäftigung noch reduziert durch die nun größere Zahl von erstmals Arbeitssuchenden. Die überschlägige Rechnung läßt eine Reduzierung der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit erwarten, die die Zahl von 900 000 Personen kaum unterschreiten wird. Diese Zahl muß für das zweite volle Jahr eines Konjunkturaufschwungs als schockierend empfunden werden.

Höhere Reallohnsteigerungen

Die Zurückhaltung in der Lohnpolitik hat 1976 zur Festigung der Basis des konjunkturellen Aufschwungs beigetragen. Der Preis, den die Arbeitnehmer dafür gezahlt haben, war die Bescheidung mit einem minimalen Zuwachs ihrer Realeinkommen. Vielfach herrscht nun Unzufriedenheit, weil die im Austausch dafür erwartete Besserung der Lage am Arbeitsmarkt nicht deutlich genug geworden ist. Es wird dabei übersehen, daß

- die gegenwärtig wieder über einer Million liegende Zahl der Arbeitslosen kein Beweis dafür ist, daß sich die lohnpolitische Zurückhaltung nicht ausgezahlt habe. Sicher wäre die Arbeitslosigkeit heute erheblich größer, wenn der Verteilungskampf auch 1976 fortgesetzt worden wäre;
- eine günstige Konjunkturprognose für 1977 auch – und nicht zuletzt – möglich ist, weil die Ergebnisse der vorjährigen Zurückhaltung in der Lohnpolitik über die Jahreswende hinaus fortwirken.

⁷ Dabei sind Maßnahmen zur Sanierung der Finanzlage der Rentenversicherung, die zur Zeit heftig diskutiert werden, nicht berücksichtigt.

Zugleich ist die Wahrscheinlichkeit gestiegen, daß auch für 1977 Lohnvereinbarungen getroffen werden, die durch den Begriff „Zurückhaltung“ zu charakterisieren sind.

Bei der Prognose der Lohnentwicklung 1977 wurden die Daten der Einkommens- und Preisentwicklung 1976 (die Preissteigerungen fielen dank der 76er Lohnabschlüsse deutlich niedriger aus, als befürchtet worden war) wie auch die des Arbeitsmarktes berücksichtigt. Sie lassen vermuten, daß es in der bevorstehenden Lohnrunde zu Tarifabschlüssen kommt, die zwar etwas höher ausfallen als 1976, aber doch keinen Sprung im Verlauf bringen. Das wäre bei tariflichen Steigerungen um etwa 7 vH je Stunde der Fall.

Bei diesen Tarifabschlüssen werden die Bezüge je Arbeitnehmer brutto um 8 vH, netto um 6,5 vH (1976: 4,5 vH) steigen und damit auch eine deutliche Zunahme ihrer Realeinkommen bringen. Allerdings: Die Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft würden dabei nicht mehr, wie 1976, nur um 1,5 vH steigen, sondern schon um 4 vH. Dies zeigt, daß die Wahrscheinlichkeit für die Fortsetzung der Stabilisierung des Preisniveaus beim Überschreiten der in die Prognose eingesetzten einkommenspolitischen Daten rasch abnimmt. Denn für die Unternehmenseinkommen lassen die Daten – bei nochmals etwas geringerer Inflationsrate – nur noch eine geringfügig über dem Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts liegende Erhöhung erkennen. Die Überziehung dieser Marken würde entweder zu größeren Preissteigerungen oder – verzögert – zu einem Wiederanstieg der konjunkturellen Arbeitslosigkeit führen.

Industrie: Zunehmende Investitionstätigkeit bei weiter steigender Produktion

Der Produktionsanstieg in der Industrie im Jahre 1976, der vor Jahresfrist an dieser Stelle mit 6,5 vH prognostiziert worden war, hat tatsächlich mehr als 8 vH betragen. Im zweiten Halbjahr 1976 schwächte sich der Aufschwung allerdings merklich ab. Ursache hierfür war die Verlangsamung der Expansion bis hin zur Stagnation bei wichtigen Grundstoffindustrien, wie der chemischen und eisenschaffenden Industrie. Hinzu kam, daß beim Straßenfahrzeugbau nach einer langen Aufstiegsphase, die bis an die Kapazitätsgrenzen führte, die Herstellung von Automobilen nur noch wenig gesteigert werden konnte.

Zugleich hatten wichtige Zweige der Investitionsgüterindustrien die Talsohle noch nicht verlassen, weil sich viele Investoren mit neuen Investitionen noch zurückhielten. Besonders die Industrie selbst war noch nicht bereit, vermehrt zu investieren. In jüngster Zeit häufen sich nun aber die Anzeichen einer sich verstärkenden Investitionsneigung. Die Auftragsver-

gabe der Wirtschaft an den bedeutendsten Investitionsgüterhersteller, den Maschinenbau, war in den Monaten August bis November preisbereinigt um 14 vH höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit.

Mit einer gewissen Verzögerung – von etwa einem halben Jahr – werden diese Aufträge die Produktionstätigkeit beleben, so daß 1977 die Investitionsgüterhersteller die Rolle der Wachstumsträger übernehmen werden. Die Investitionsgüterindustrien werden ihren Output überdurchschnittlich steigern und auch die Produktionstätigkeit vorgelagerter Industriezweige stimulieren.

Industrielle Kennziffern¹⁾
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

	1975	1976	1977
1. Nettoproduktion²⁾			
Bergbau	- 7,2	-4	1
Verarbeitende Industrie	- 6,7	8,5	6
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie .	-12,4	11	7
Investitionsgüterindustrien	- 4,6	7,5	7
Verbrauchsgüterindustrien	- 5,3	8,5	5
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	0,4	5,5	3
Gesamte Industrie	- 6,7	8	6
2. Weitere Kennziffern der gesamten Industrie			
Beschäftigte	- 6,5	-2,0	1
Geleistete Beschäftigtenstunden	- 9,5	0,5	1
Nettoproduktion je Beschäftigten	- 0,3	10	5
je geleistete Beschäftigtenstunde	2,9	7,5	5
Lohnstückkosten ³⁾	7,9	-3	2
Reale Investitionen	- 8,8	2	7
Produktionspotential	1,6	1,4	1,8
Auslastung des Produktionspotentials	- 8,2	6,5	4
Auslastungsgrad ⁴⁾	80,3	85,5	89
¹⁾ 1975 endgültig; 1976 und 1977 Schätzung des DIW, gerundet. – ²⁾ Kalendermonatlich. – ³⁾ Löhne und Gehälter je Produkteinheit. – ⁴⁾ Effektives Nettoproduktionsvolumen in vH des potentiellen Nettoproduktionsvolumens.			

Die Industrie wird 1977 mit der Erhöhung ihrer Investitionsausgaben die Produktionskapazitäten erstmals seit 1970 wieder etwas stärker ausweiten als im Vorjahr. In vielen Industriezweigen wird sich die zu beobachtende Kapazitätsschrumpfung verringern oder durch einen leichten Zuwachs abgelöst werden. Allerdings wird der Zuwachs des Produktionspotentials beträchtlich hinter der Expansion des Outputs zurückbleiben. Der Auslastungsgrad der Industrie wird im Jahresdurchschnitt 1977 knapp 90 vH betragen und damit deutlich höher sein als im Vorjahr. Eine steigende Auslastung der Ressourcen

stärkt nach aller Erfahrung die Investitionsbereitschaft der industriellen Investoren.

Die Industrie wird für die Produktionserhöhung zusätzliche Arbeitskräfte einstellen müssen. Die erheblichen Produktivitätsreserven, die hauptsächlich durch Kurzarbeit in der Rezession entstanden waren, sind im vergangenen Jahr nahezu ausgeschöpft worden. In einigen Industriezweigen wurden schon im Vorjahr wieder Arbeitskräfte neu eingestellt. Diese Tendenz wird sich ausbreiten und intensivieren. Dabei wird auch der durchschnittliche Beschäftigtenstand des Jahres 1976 (7,4 Mill. Personen) in diesem Jahr übertroffen werden; per Saldo werden etwa 75 000 Personen mehr in der Industrie tätig sein als 1976.

Die Produktivitätssteigerungen werden in diesem Jahr schwächer sein als 1976, die Lohnkosten je Produkteinheit deshalb im Gegensatz zu 1976, als sie um 3 vH zurückgingen, wieder steigen.

Trotz Investitionsanstiegs weitere Schrumpfung des Arbeitsplatzpotentials

Schon vor Jahren hat das DIW damit begonnen, das Instrument der Anlagevermögensrechnung nicht nur zur Bestimmung des Produktionspotentials im Unternehmensbereich einzusetzen, sondern auch zu Analysen über die Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze⁸. Diese Analysen haben sich bisher auf Überlegungen über die Entwicklung der durchschnittlichen Kapitalintensität der Arbeitsplätze im Unternehmensbereich beschränkt. Weitere Einsichten lassen sich gewinnen, wenn anstelle der Durchschnittsbetrachtung eine gesonderte Untersuchung von Zugängen und Abgängen vorgenommen wird. Berücksichtigt wird dabei die unterschiedliche Kapitalintensität der Investitionen (Zugänge) und der Abgänge.

Untersuchungen zur Altersstruktur des Anlagevermögens haben gezeigt, daß etwa die Hälfte des Anlagevermögens aus Investitionen der letzten acht Jahre besteht. Mit diesen Investitionen sind Arbeitsplätze geschaffen worden, deren Kapitalintensität über dem Durchschnitt liegt und von Jahrgang zu Jahrgang zunimmt.

Von den Abgängen aus dem Anlagevermögen entfallen 50 vH auf Investitionen der letzten 15 Jahre; dabei entspricht die durchschnittliche Kapitalintensität des Jahres 1960 der Kapitalausstattung der Abgänge des Jahres 1975.

Die Berechnungen für die Zeit seit 1970 ergeben, daß — bei einer durchschnittlichen Kapitalintensität sämtlicher Arbeitsplätze von 55 000 DM (zu Preisen von 1970) — für einen neuen Arbeitsplatz im Jahr 1970 etwa 90 000 DM aufgewendet worden sind.

Das ist mehr als das Vierfache dessen, was mit 20 000 DM für die gleichzeitig durch Abgänge untergegangenen Arbeitsplätze aufgewendet worden war. Dieses Gefälle hatte zur Folge, daß 1970 mit dem 4 1/2fachen Kapitalaufwand etwa so viele Arbeitsplätze neu entstanden (1,3 Mill.), wie gleichzeitig durch Abgänge stillgelegt wurden.

Es ist kaum anzunehmen, daß sich dieser Substitutionsprozeß kontinuierlich vollzieht. Die Verschrottungen sind zwar weitgehend durch die Investitionsentwicklung früherer Jahre vorbestimmt; sie können jedoch in gewissen Grenzen hinausgezögert oder auch vorgezogen werden, je nachdem, ob die alten Anlagen noch rentabel eingesetzt werden können oder nicht.

Für die Rentabilität spielt neben einer Reihe anderer Faktoren vor allem die Entwicklung der realen Lohnkosten je Beschäftigten eine Rolle. Ertragsschmälernd für die Unternehmen wirkt dabei derjenige Teil der Lohnerhöhungen, der nicht über die Preise überwältigt werden kann. Messen läßt sich dieser Einfluß durch die realen Lohnkosten je Beschäftigten, dem Verhältnis zwischen Nominallohnsatz und Erzeugerpreisniveau. Liegt die von den Beschäftigten im Durchschnitt erzielte Produktionsleistung an einer Anlage unter den realen Lohnkosten, dann wird diese Anlage unrentabel mit der Folge, daß sie verschrottet wird.

Zur Quantifizierung des Einflusses der realen Lohnkosten auf die Verschrottung wurden Abweichungen von ihrem Trendwert zwischen 1960 und 1970 berechnet. Dabei wurde angenommen, daß die Abgänge im gleichen Verhältnis unter oder über dem Durchschnitt liegen, in dem die realen Lohnkosten höher oder niedriger sind als der Trendwert. Da sich die Abgänge aus einem Bündel von Investitionsjahrgängen mit unterschiedlicher Höhe der Arbeitsproduktivität zusammensetzen, würden auch unter der Annahme einer Abhängigkeit zu den realen Lohnkosten, die über die hier unterstellte Proportionalität hinausgeht, die konjunkturellen Bewegungen beim Abgang von Arbeitsplätzen lediglich gedämpft in Erscheinung treten. Während zu vermuten ist, daß sich die realen Lohnkosten bei den Abgängen in erster Linie auf die Entwicklung ihres Volumens auswirken, dürften sie bei den Investitionen — neben der Entscheidung, ob für ein bestimmtes Produkt Investitionen vorgenommen werden sollen oder nicht — vor allem die Kapitalintensität beeinflussen. Arbeitsparende Technologien werden um so eher eingesetzt, je größer der Anstieg der realen Lohnkosten eingeschätzt wird und umgekehrt.

⁸ Inzwischen hat auch der Sachverständigenrat dieses Verfahren in seinem jüngsten Jahresgutachten aufgegriffen. Vgl.: Jahresgutachten 1976/77, Anhang VIII.

Zwischen 1960 und 1970 nahmen die realen Lohnkosten je Beschäftigten im Unternehmensbereich jährlich im Durchschnitt um 5 vH zu, um zwei Prozentpunkte weniger als die Kapitalintensität der Investitionen. Nimmt man an, daß diese Abweichung auch für die Entwicklung der Kapitalintensität in den einzelnen Jahren gilt, dann läßt sich der Zugang neuer Arbeitsplätze nicht nur als Resultat des jewei-

ligen Investitionsvolumens beschreiben, sondern als abhängig von der realen Lohnkostenbelastung der Unternehmen.

Im Schaubild sind die Ergebnisse dieser Berechnungen für den Bestand an Arbeitsplätzen sowie die Komponenten seiner Veränderung zwischen 1960 und 1977 dargestellt. Die schraffierten Flächen zeigen

Die Komponenten der Arbeitsplatzentwicklung seit 1970

Unternehmen ohne Wohnungsvermietung

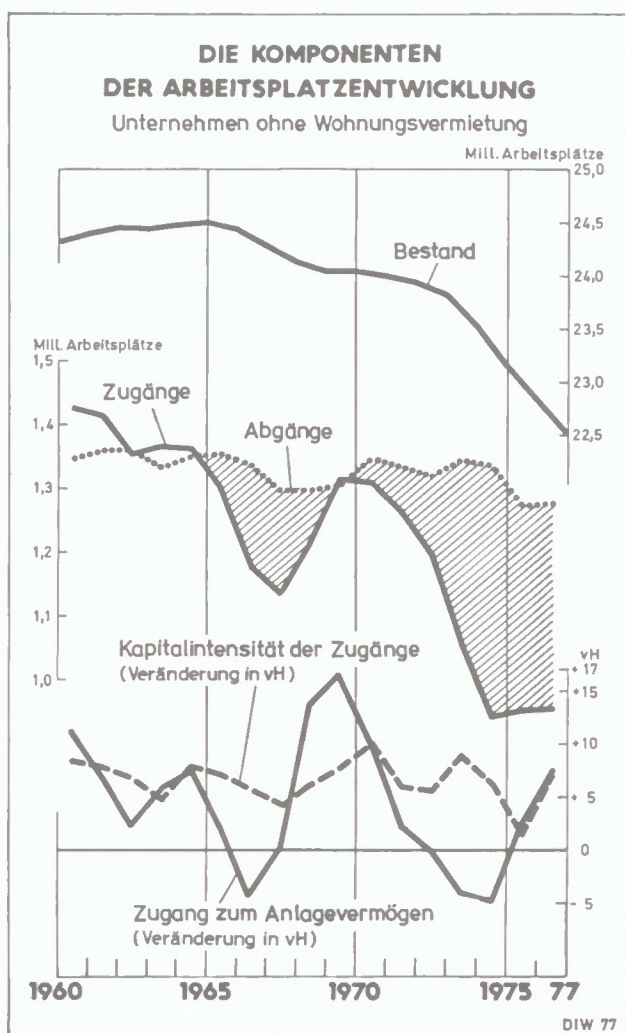
	Kapitalstock ¹⁾ Mrd. DM	Kapitalintensität Tsd. DM	Arbeitsplätze in 1000	Kapitalstock ¹⁾	Kapitalintensität	Arbeitsplätze
				Veränderungen gegenüber Vorjahr in v.H.		
1970	1 315	55	24 040	7	7	0
Zugänge	120	92	1 310	9,5	10	- 0,5
Abgänge	27	20	1 350	12	9	3
1971	1 408	59	24 000	7	7	0
Zugänge	123	97	1 270	2	6	- 3,5
Abgänge	29	22	1 330	8	9	- 1
1972	1 502	63	23 940	6,5	7	- 0,5
Zugänge	122	102	1 200	0	5,5	- 5,5
Abgänge	31	24	1 320	6,5	7,5	- 1
1973	1 593	67	23 820	6	6,5	- 0,5
Zugänge	117	111	1 060	- 4	8,5	-11,5
Abgänge	34	25	1 350	9	7	2
1974	1 676	71	23 530	5	6,5	- 1
Zugänge	112	118	940	- 5	6,5	-11
Abgänge	36	27	1 340	7	8	- 0,5
1975	1 752	76	23 130	4,5	6,5	- 2
Zugänge	114	120	950	2,5	2	0,5
Abgänge	37	29	1 270	1	6	- 5
1976	1 829	80	22 810	4,5	6	- 1,5
Zugänge	123	129	960	7,5	7	0,5
Abgänge	39	31	1 280	6	6,5	0,5
1977	1 913	85	22 490	4,5	6	- 1,5

¹⁾ Jahresdurchschnittlicher Bestand, Zugang und Abgang für das Brutto-Anlagevermögen zu Preisen von 1970. Der durchschnittliche Bestand eines Jahres ergibt sich aus dem Bestand des Vorjahres zuzüglich der Differenz zwischen Zugängen und Abgängen. Entsprechend sind auch die Zugänge und Abgänge als Durchschnittswerte zu interpretieren. Die Zugänge beim Kapitalstock werden daher als Mittelwert aus den Brutto-Anlageinvestitionen des jeweiligen Jahres und des darauf folgenden Jahres berechnet.

Die Besetzung der verfügbaren Arbeitsplätze seit 1970

Unternehmen ohne Wohnungsvermietung

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
	Absolute Größen							
Arbeitsplätze (in 1000)	24 040	24 000	23 940	23 820	23 530	23 130	22 810	22 490
Erwerbstätige (in 1000)	22 860	22 810	22 600	22 570	21 950	21 010	20 690	20 830
	Differenzen gegenüber dem Vorjahr							
Arbeitsplätze (in 1000)	+ 10	- 40	- 60	-120	-290	-400	-320	-320
Erwerbstätige (in 1000)	+210	- 50	-210	- 30	-630	-940	-320	+140
	Besetzung der Arbeitsplätze							
Erwerbstätige auf 100 Arbeitsplätze	95	95	94,5	95	93,5	91	91	92,5



den Abbau von Arbeitsplätzen im Gefolge der Rezession 1966/67 ebenso wie in der Zeit nach 1970. Unübersehbar ist, daß in beiden Perioden der Rückgang der Investitionstätigkeit der Hauptgrund für das Defizit an Arbeitsplätzen war.

Zwar sind auch in den 70er Jahren arbeitsparende Investitionen getätigt worden, doch stieg die Kapitalintensität neuer Anlagen wegen der geringeren Zunahme der Lohn-Preis-Relation insgesamt weniger stark als in den 60er Jahren. Damit erscheint auch das für die Kennzeichnung der gegenwärtigen Entwicklung der Arbeitsplätze häufig gebrauchte Argument der Rationalisierungsbestrebungen in einem neuen Licht: Rationalisierung kommt gegenwärtig nicht darin zum Ausdruck, daß Investitionen mit besonders rasch steigender Kapitalintensität getätigt werden. Dies ist angesichts der schwachen Zunahme der realen Lohnkosten nicht zu erwarten. Der Eindruck, daß Rationalisierung das Investitionsgeschehen bestimme, entsteht vielmehr deshalb, weil infolge ungünstiger Absatz- und Ertragserwartungen

das Niveau der Investitionen nicht ausreicht, um die Abgänge von Arbeitsplätzen zu kompensieren.

Solange mit den Investitionen kaum mehr Produktionskapazitäten geschaffen werden, als durch Verschrottungen aus dem Produktionsprozeß ausscheiden, entsteht immer ein Freisetzungseffekt, und zwar auch dann, wenn die Kapitalintensität neuer Anlagen unter dem Einfluß einer geringeren Lohnkostenbelastung nicht erhöht wird. Durch Faktorsubstitution im Investitionsprozeß zugunsten arbeitsintensiverer Produktionsverfahren – als Folge eines geringen Anstiegs der realen Lohnkosten – kann das Arbeitsplatzdefizit nicht merklich abgebaut werden, wie vielfach angenommen wird.

Bedingt durch die Zunahme der Investitionstätigkeit sind 1976 erstmals wieder mehr neue Arbeitsplätze geschaffen worden als im Jahr zuvor. Auch für 1977 kann ein Anstieg der Zahl neu geschaffener Arbeitsplätze erwartet werden. Dies wird jedoch nicht verhindern, daß sich die Zahl der 1977 insgesamt zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze noch einmal um 300 000 vermindern wird. Im Vergleich zum Vorjahr wird sich aber der Anteil der besetzten Arbeitsplätze wieder erhöhen (93 gegenüber 91 vH), jedoch immer noch deutlich unter der Vollauslastung (etwa 95 vH) liegen.

Geldmengenziel: Kompromiß zwischen Extremen

Im Dezember 1976 gab die Bundesbank wiederum ein „Geldmengenziel“ bekannt: Die Zentralbankgeldmenge solle 1977 im Durchschnitt um 8 vH größer sein als 1976. Diese Entscheidung wird heftig kritisiert. Unter wachstums- und beschäftigungspolitischen Aspekten wird das Geldmengenziel oft als zu restriktiv, unter stabilitätspolitischen Gesichtspunkten dagegen häufig als zu wenig ehrgeizig bezeichnet. Beide Einwände verlieren jedoch an Stoßkraft, wenn man zweierlei berücksichtigt: Erstens ist die Zentralbankgeldmenge (in der Abgrenzung der Bundesbank) keine Größe, die präzise gesteuert werden kann – vor allem nicht unter den herrschenden außenwirtschaftlichen und den von der Bundesbank selbst gesetzten institutionellen Restriktionen; die Zielvorgabe kann deshalb nur als Mittelwert eines Intervalls angesehen werden. Zweitens ist das Geldmengenziel für 1977 als ein Kompromiß zwischen zwei rigorosen Positionen zu interpretieren: Für ein höheres Geldmengenziel scheint zu sprechen, daß trotz beschleunigter Expansion der Zentralbankgeldmenge in den letzten drei Jahren (1974: + 6 vH; 1975: + 8 vH; 1976: + 9,3 vH) zwar der Anstieg der Lebenshaltungskosten von Anfang 1974 (fast 8 vH) bis heute (unter 4 vH) erheblich geringer geworden ist, aber Wirtschaftswachstum und – vor allem –

Indikatoren für die Geldpolitik

	absolute Werte							Zunahme in vH gegenüber Vorjahr					
	1971	1972	1973	1974	1975	1976*)	1977*)	1972	1973	1974	1975	1976*)	1977*)
Bruttosozialprodukt, nominal, Mrd. DM	761,9	833,9	927,5	997,0	1043,6	1136,3	1244	9,5	11,2	7,5	4,7	8,9	9,5
Zentralbankgeldmenge ¹⁾ , Mrd. DM	74,2	83,5	92,3	98,0	105,7	115,5	124,7	12,5	10,5	6,2	7,9	9,3	8
Bargeldumlauf ²⁾ , Mrd. DM.....	39,4	43,7	47,6	50,8	55,7	60,4	65,2	11,1	9,0	6,7	9,5	8,4	8
Reservesoll ³⁾ , Mrd. DM	34,8	39,8	44,7	47,2	50,0	55,1	59,5	14,2	12,5	5,5	6,0	10,2	8
Geldmenge M1 ⁴⁾ , Mrd. DM	110,1	125,1	132,3	140,3	160,1	178,0	194	13,7	5,7	6,1	14,1	11,0	9
Geldmenge M3 ⁵⁾ , Mrd. DM	305,1	345,2	386,6	420,6	452,7	499,0	539	13,2	12,0	8,8	7,6	10,2	8
Kapitalmarktzins ⁶⁾ , % p.a.....	8,2	8,2	9,5	10,6	8,7	8,0	7
Geldmarktzins ⁷⁾ , % p.a.....	7,1	5,6	12,0	9,8	4,9	4,2	4-5
„Umlaufgeschwindigkeit“ ⁸⁾	10,27	9,99	10,05	10,17	9,87	9,84	9,98	-2,7	0,6	1,2	-3,0	-0,4	1,4
der Zentralbankgeldmenge	6,92	6,66	7,01	7,11	6,52	6,38	6,41	-3,7	5,2	1,3	-8,3	-2,1	0,5
der Geldmenge M1	9)15,1	11,8	3,6	3,1	11,4	11,2	8
Freie Liquiditätsreserven der Banken, Mrd. DM													

Vorbemerkung: Mit Ausnahme des Sozialprodukts sind alle Zahlen Durchschnitte aus den monatlichen Angaben. – Für die Berechnung der Quotienten und Zuwachsraten wurden die nicht gerundeten absoluten Werte zugrunde gelegt. – ¹⁾ In der Abgrenzung der Deutschen Bundesbank. – ²⁾ Außerhalb der Bundesbank. – ³⁾ Zu konstanten Reservesätzen (Basis Januar 1974). – ⁴⁾ Bargeldhaltung und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken. – ⁵⁾ Geldmenge M1 zuzüglich Termingelder bis unter vier Jahren und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. – ⁶⁾ Rendite inländischer festverzinslicher Wertpapiere im Umlauf. – ⁷⁾ Satz für Dreimonatsgeld in Frankfurt/M. – ⁸⁾ Bruttosozialprodukt (nominal) durch Geldmenge. – ⁹⁾ Durchschnitt Mai bis Dezember. – *) Schätzungen.

Beschäftigung unbefriedigend geblieben sind. Gegen ein höheres Geldmengenziel kann ins Feld geführt werden, daß mit einer verstärkten monetären Expansion ein Potential geschaffen würde, das – wenn auch mit Verzögerung – die Inflation wieder anheizen würde, ohne die Volkswirtschaft dem Wachstums- und Beschäftigungsziel nennenswert näher zu bringen; vielmehr müsse die Zentralbankgeldmenge umgehend auf jenen Expansionspfad (von 6 bis 7 vH) gelenkt werden, der dem mittelfristig angestrebten Wachstumsspielraum bei relativer Preisstabilität entspreche.

So berechtigt diese Forderung nach einer potentialorientierten Geldmengenexpansion ist, so fraglich ist es, ob dieses Ziel schon im Laufe des Jahres 1977 erreicht werden könnte, ohne daß die Fortführung des konjunkturellen Aufschwungs gefährdet würde; denn zu einer Verstetigungsstrategie gehört auch, daß Abweichungen vom geplanten Expansionspfad nicht radikal, sondern behutsam korrigiert werden. Noch vor wenigen Monaten hatte es nahegelegen, für 1977 ein unter der Marke von 8 vH liegendes Geldmengenziel zu empfehlen; die sich seit dem Frühjahr 1976 abzeichnende Expansion der Zentralbankgeldmenge verlief zwar rascher als geplant, aber sie schien doch nicht so stark zu werden, daß ein Geldmengenziel von 7 oder auch 6,5 vH für 1977 einen abrupten geldpolitischen Kurswechsel bedeutet hätte. In den letzten Wochen des vergangenen Jahres wurde aber offensichtlich, daß die Zentralbankgeldmenge sehr viel stärker expandieren werde. Im

vierten Quartal 1976 lag sie um 9 1/2 vH über dem entsprechenden Vorjahrsquartal. Unter diesen Umständen hätte die Wahl eines Geldmengenziels von 7 (oder gar 6,5 vH) für 1977 ein Einschwenken auf eine „laufende“ Expansionsrate von unter 5 vH (4 vH) und damit eine sehr scharfe Restriktionspolitik erfordert, die angesichts der immer noch labilen Konjunktur und hohen Arbeitslosigkeit zu riskant wäre. Ob die dem Durchschnittsziel von 8 vH entsprechende laufende Rate von 6,5 vH – oder besser: 6 bis 7 vH – wachstums- und stabilitätspolitisch „richtig“ ist, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Immerhin gibt sie der Geldpolitik – und der Volkswirtschaft – mehr Zeit für eine Anpassung an eine potentialorientierte Expansionsrate.

Mit der Wahl eines Geldmengenziels von 8 vH dürfte eine Bedingung dafür erfüllt worden sein, daß es auch 1977 nicht zu einer zinstreibenden Konkurrenz zwischen Staat und Privaten um Fremdmittel kommt. Die Wirtschaft wird – wie 1976 – ihre Kreditnachfrage verstärken, der Staat hingegen einen geringeren Kreditbedarf geltend machen. Die Annahme, daß der Kapitalmarktzins 1977 auf dem gegenwärtig erreichten Niveau von 7 % verharren wird, ist allerdings an zwei Bedingungen geknüpft: Staat und Bundesbank setzen ihre – 1976 erprobte – Schulden- und Offenmarktpolitik zur Stabilisierung des Kapitalmarktes fort. Entscheidend wird jedoch sein, daß es nicht zu einer Verstärkung der Inflationsrate und – vor allem – der Inflationserwartungen kommt.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Die wirtschaftspolitischen Instanzen wie auch die Tarifparteien werden sich fragen müssen, ob sie zufrieden sein könnten, wenn die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung 1977 so ausfiele, wie es die Prognose vorzeichnet. Sie müssen diese Frage mit einem Nein beantworten. Die relativ hohen Zuwachsraten des realen Bruttosozialprodukts in den Jahren 1976 und – prognostiziert – 1977 verlieren an Gewicht, wenn man den Trend über eine etwas größere Zahl von Jahren ansieht: Von 1973, als die Wirtschaftspolitik konsequent auf Anti-Inflationskurs ging, bis 1977 wird das reale Bruttosozialprodukt von 592,4 Mrd. DM (Preise von 1962) auf 641 Mrd. DM gestiegen sein, d. h. insgesamt um 8,2 vH und damit nicht einmal um 2 vH im jährlichen Durchschnitt⁹. Ein solcher Zuwachs von 8 vH oder nur wenig darunter ist früher häufig in einem Jahr erzielt worden (1964: 6,7 vH; 1968: 7,3 vH; 1969: 8,2 vH). Der Produktivitätstrend wurde von dieser Verlangsamung des Produktionsanstiegs nur wenig mit nach unten gezogen, das höhere Produkt mit einer erheblich reduzierten Zahl von Arbeitskräften hervorgebracht. Rund eine Million sind heute arbeitslos, in einem Jahr werden es immer noch nicht sehr viel weniger sein. Die Ausländer, die hier arbeitslos geworden und heimgekehrt sind, kommen zu dieser Zahl hinzu.

Diese Daten zeigen: Ein nennenswert geringeres Wirtschaftswachstum, als es in der vorliegenden Prognose angenommen wird, kann gesellschaftspolitisch nicht toleriert werden; entscheidende Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt sind nur bei einem wesentlich höheren Zuwachs zu erreichen. Wirtschaftspolitisch müssen in dieser Situation die Risiken, die jeder Konjunkturprognose anhaften, voll berücksichtigt werden.

In erster Linie bedeutet das, auf eine zu rasche Konsolidierung der Staatsfinanzen zu verzichten. Dabei ist grundsätzlich zu bedenken, daß staatliche Mehrausgaben nicht mit ihrem vollen Betrag auf den Saldo des Haushalts wirken, sondern daß sie sich in nicht unbeträchtlichem Umfang – dies ist abhängig von der Art der Ausgabe – selbst finanzieren, weil entsprechende Mehreinnahmen bald folgen. Der Staat wird 1977 wie schon 1976 durch seine restriktive Ausgabegebarung selbst zur Aufrechterhaltung hoher Arbeitslosigkeit beitragen. Dies gilt speziell für die Kürzung der Staatsinvestitionen, durch die besonders die Bauwirtschaft betroffen wurde. Die nominalen Investitionsausgaben des Staates werden den Haushaltsplänen zufolge wieder um 1 vH, real um 5 vH, sinken; das sind zu Preisen von 1976 mehr als 2 Mrd. DM. Nach einer Untersuchung des DIW¹⁰ verlieren bei einer solchen Kürzung der staatlichen Investitionen unter Einschluß der multiplikativen

Effekte mehr als 50 000 Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz.

Die gegenwärtigen Diskussionen zeigen, daß dieses Problem auch von der Bundesregierung gesehen wird. Begrüßenswert wäre gewesen, wenn ihm schon bei den Haushaltsplanungen Rechnung getragen worden wäre. Ein gesondertes Investitionsprogramm läuft nun leicht Gefahr, als „Konjunkturprogramm“ interpretiert zu werden, was insbesondere heißt, daß es von der Wirtschaft nicht als Grundlage mittelfristiger Geschäftsplanungen angenommen wird. Zieht man Bilanz aus den bisherigen Erfahrungen, so kommt es aber gerade darauf an, auf Dauer angelegte Nachfrageimpulse zu geben. Das nun wahrscheinlich werdende öffentliche Investitionsprogramm sollte deshalb in seinem vollen Umfang in die Basis einbezogen werden, von der aus ein stetiger Anstieg der Nachfrage auf mittlere Sicht geplant wird.

Für dieses Jahr sollte ein solches Programm wenigstens sicherstellen, daß die Produzenten von Investitionsgütern für den Staat, insbesondere also die Bauwirtschaft, die Zahl ihrer Beschäftigten nicht weiter abbauen. Dazu bedürfte es einer Aufstockung der Investitionshaushalte um 4 Mrd. DM. Im Vorjahresvergleich würden die Investitionsausgaben der öffentlichen Haushalte damit nicht abnehmen, sondern um 10 vH ausgeweitet werden müssen. Diese Größenordnung bedeutet kaum mehr als ein teilweises Nachholen von Investitionsausgaben, die in den letzten Jahren ohnehin geplant waren, deren Durchführung aber verzögert oder zurückgestellt worden ist. Verzögerungen durch Engpässe im Bereich der Planung dürften hier also kaum eine Rolle spielen.

Nach Ausschöpfung dieser Auftragsreserven – auf längere Frist also – müßte die Investitionsplanung des Staates stärker auf neue Aufgaben ausgerichtet werden, die in ihrer Gesamtheit von der Gesellschaft als dringlich empfunden werden. Forcierung des Umweltschutzes einerseits, Verbesserung städtischer Lebensbedingungen andererseits sind hier in erster Linie zu nennen.

Das Beispiel des Wohnungsbaus in den 50er und 60er Jahren zeigt, daß Strategien zur Lösung von Aufgaben in dieser Größenordnung nicht zwangsläufig dazu führen müssen, daß die erforderliche zusätzliche Nachfrage von den öffentlichen Haus-

⁹ Berücksichtigt man den absoluten Rückgang im Jahr 1975, so ergibt sich für das Volumen der Produktion zwischen 1974 und 1977 gegenüber 1973 lediglich eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrate von 1 vH.

¹⁰ J. Schmidt, Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung; Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Ausgabenkürzungen. Gutachten des DIW im Auftrage der Dräger-Stiftung, Berlin 1976 (unveröffentlichtes Manuskript).

halten selbst ausgeübt wird. Anreize, wie die Gewährung von Darlehen, Zuschüssen, Bürgschaften und Steuervergünstigungen, können möglicherweise mehr bewirken, wenn es gelingt, über die öffentlichen Mittel hinaus Mittel aus dem privaten Bereich zu mobilisieren.

Vielfalt in den Lösungsansätzen ist auch für die Organisationsformen geboten, derer man sich bedienen kann. So sollte man erwägen, ob nicht für bundesweit zu lösende Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes, etwa die Einrichtung von biologischen Kläranlagen, Finanzierungssysteme entwickelt werden können, die privaten Investoren durch das Angebot steuerlicher Vergünstigungen eine Beteiligung an den Investitionskosten als attraktiv erscheinen läßt. Die öffentlichen Haushalte könnten von den Folgekosten dieser Einrichtungen befreit werden, wenn der Betrieb privaten Betriebsgesellschaften übertragen wird, die mindestens in Höhe der laufenden Kosten der Einrichtungen Gebühren erheben können.

Maßnahmen, die auf Ausschöpfung des Produktionspotentials durch Erhöhung der Gesamtnachfrage gerichtet sind, verdienen den Vorzug vor allen Vorschlägen, das Potential dem zu niedrigen Nachfrage-niveau anzupassen. Dies gilt grundsätzlich für alle Formen der Verminderung des Arbeitskräftepotentials oder der Umverteilung des Arbeitsvolumens auf eine größere Zahl von Erwerbstätigen (z. B. gesetzliche Arbeitszeitreduzierung). Das schließt nicht aus, daß arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergriffen werden, um partielle Ungleichgewichte zu mildern. Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung sollten daher weitergeführt und eher noch stärker als bisher betont werden, damit strukturelle Unterschiede zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt eingeebnet und zugleich die hohe Arbeitslosigkeit bestimmter Gruppen (Jugendliche, Angestellte) vermindert werden können.

Regelungen zur Einschränkung des Produktions- und des Arbeitskräftepotentials erscheinen auch im Hinblick auf den Nord-Süd-Dialog unverzichtbar. Die Bundesrepublik gehört zu den wenigen Ländern in der Welt, die mit ihrem Produktionspotential wirksame Entwicklungshilfe leisten können. Der Forderung, einen höheren Anteil für diesen Zweck zu mobilisieren, wird sie sich nicht entziehen können. Allerdings bedarf es dazu eines Lernprozesses für den gesamten verteilungspolitischen Bereich. Hier müssen die langfristigen Zusammenhänge neu überdacht werden, wenn es auf die Dauer zu einem gesellschaftspolitisch und ökonomisch sinnvollen Einsatz der Produktionsfaktoren kommen soll. Im Mittelpunkt dieser Überlegung darf nicht mehr wie bisher das Verhältnis der Arbeitnehmer zu Unternehmern stehen, vielmehr müssen die Verteilungsrelationen dieser Gruppen zum Staat, des Staates zum Ausland, insbesondere zu den Entwicklungsländern wie auch die gegenwärtig heftig diskutierte verteilungspolitische Stellung der Rentner in ein umfassendes Konzept gebracht werden. Ohne zusätzliche Belastungen aller Gruppen unserer Gesellschaft wird es dabei nicht abgehen; von diesen sollten daher nicht wie bisher bestimmte Gruppen (z. B. die Beamten und die Landwirte) ausgenommen werden.

Die Diskussion über „angemessene“ Tariflohn-erhöhungen 1977 ist also nur ein Teil der verteilungspolitischen Auseinandersetzung. Dennoch ist der Ausgang der Tarifverhandlungen nicht weniger bedeutsam für die konjunkturelle Entwicklung im Jahre 1977. Mit den in die Prognose eingesetzten Erhöhungen wird etwa der kritische Punkt erreicht, bei dem Rückschläge in der Beschäftigung oder in der Preisstabilisierung drohen. Daß die angenommenen prozentualen Steigerungen gleichzeitig auf einem Pfad liegen, der auch mittelfristig nicht ohne negative Konsequenzen überschritten werden kann, sollte bei den Verhandlungen mit in die Überlegungen eingehen.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für das Jahr 1977

	1975 ¹⁾	1976 ¹⁾	1977 ²⁾	1976		1977	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj.	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

1. Entstehung des Sozialprodukts, real Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	- 3,3	- 1,1	0,5	- 1,7	- 0,5	0,5	1
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	- 1,5	0,4	0,5	0,3	0,5	0,5	0,5
Arbeitstage ³⁾	0,0	0,8	- 0,5	1,1	0,5	- 0,5	0
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	- 4,8	0,1	0,5	- 0,3	0,5	0,5	1
Produktivität ⁴⁾	1,6	5,3	4,5	6,0	4,7	3,5	5
Bruttoinlandsprodukt	- 3,3	5,4	5,5	5,6	5,2	4	6,5

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	580,2	627,0	682,5	299,0	328,1	322,5	359,5
Staatsverbrauch	221,2	235,1	254,5	109,5	125,6	118	136,5
Anlageinvestitionen	221,1	236,4	257	110,6	125,9	119	137,5
Ausrüstungen	100,6	109,2	122,5	52,6	56,6	56,5	66
Bauten	120,4	127,3	134,5	58,0	69,3	62,5	72
Vorratsveränderung	- 4,1	+ 13,2	+ 20,5	+ 13,2	± 0,0	+ 15	+ 5,5
Außenbeitrag	+ 25,3	+ 24,5	+ 30	+ 12,3	+ 12,3	+ 16	+ 14
Ausfuhr	294,0	335,4	375	159,9	175,6	179,5	195,5
Einfuhr	268,8	310,9	345	147,6	163,3	163	181,5
Bruttosozialprodukt	1 043,6	1 136,3	1 244	544,5	591,8	590,5	653,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	8,9	8,1	9	9,1	7,2	8	9,5
Staatsverbrauch	11,6	6,3	8	7,9	4,9	7,5	8,5
Anlageinvestitionen	- 1,3	7,0	8,5	7,7	6,3	8	9,5
Ausrüstungen	6,2	8,5	12	11,8	5,5	7,5	16,5
Bauten	- 6,8	5,7	5,5	4,3	6,9	8	3,5
Ausfuhr	- 1,6	14,1	12	11,6	16,5	12	11,5
Einfuhr	3,8	15,7	11	14,5	16,8	10,5	11
Bruttosozialprodukt	4,7	8,9	9,5	9,5	8,3	8,5	10,5

in Preisen von 1962 a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	346,5	358,2	374	171,8	186,5	178	196
Staatsverbrauch	87,0	89,3	91,5	43,0	46,3	44	47,5
Anlageinvestitionen	133,3	139,2	146	66,0	73,2	68,5	77,5
Ausrüstungen	69,6	73,9	80	36,1	37,8	37,5	42,5
Bauten	63,7	65,3	66	29,9	35,4	31	35
Vorratsveränderung	- 2,7	+ 8,7	+ 13,5	+ 8,7	± 0,0	+ 9,5	+ 3,5
Außenbeitrag	+ 12,5	+ 13,4	+ 16	+ 6,6	+ 6,8	+ 8	+ 8
Ausfuhr	204,9	230,1	252	110,9	119,2	121	131
Einfuhr	192,4	216,7	236	104,3	112,4	113,5	123
Bruttosozialprodukt	576,6	608,8	641	296,0	312,8	308	333

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	2,6	3,4	4,5	3,8	3,1	3,5	5
Staatsverbrauch	3,9	2,6	2,5	3,5	1,8	2	3
Anlageinvestitionen	- 4,1	4,4	5	5,8	3,2	4	6
Ausrüstungen	0,4	6,2	8	9,5	3,2	4	12
Bauten	- 8,6	2,5	1,5	1,6	3,3	4	- 0,5
Ausfuhr	- 8,7	12,3	9,5	10,7	13,8	9	10
Einfuhr	0,8	12,6	9	11,7	13,4	8,5	9,5
Bruttosozialprodukt	- 3,2	5,6	5,5	5,9	5,3	4	6,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1975 ¹⁾	1976 ¹⁾	1977 ²⁾	1976		1977	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj.	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

3. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1962 = 100)
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	6,1	4,5	4	5,1	4,0	4	4,5
Staatsverbrauch	7,4	3,6	5,5	4,3	3,0	5,5	5,5
Anlageinvestitionen	3,0	2,4	3,5	1,8	3,0	4	3
Ausrüstungen	5,8	2,2	4	2,1	2,3	3,5	4
Bauten	2,1	3,1	4	2,6	3,6	4	4
Ausfuhr	7,7	1,7	2	0,8	2,4	3	1,5
Einfuhr	2,9	2,7	1,5	2,5	3,0	1,5	1,5
Bruttosozialprodukt	8,1	3,1	4	3,4	2,9	4,5	3,5

4. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁵⁾	569,3	610,2	668	290,8	319,4	316,5	351
Bruttolohn- und -gehaltsumme	479,6	510,8	558,5	243,9	266,9	265	293
Nettolohn- und -gehaltsumme	348,0	361,4	389,5	177,2	184,3	190	199,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	228,3	260,4	287,5	125,3	135,2	134,5	153
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ⁶⁾	179,1	202,5	224,5	98,5	104,0	105	119,5
darunter: Entnahmen und Vermögenseinkommen ⁷⁾	179,9	197,2	215	86,7	110,4	94,5	120,5
Nichtentnommene Gewinne	- 0,9	8,2	16	12,6	- 4,4	13,5	2,5
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	797,5	870,6	955,5	416,1	454,5	451,5	504
Abschreibungen	126,2	134,6	146,5	65,8	68,9	71,5	75
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	119,9	131,0	142,5	62,6	68,4	68	74,5
Bruttosozialprodukt	1 043,6	1 136,3	1 244	544,5	591,8	590,5	653,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁵⁾	4,1	7,2	9,5	6,3	8,0	9	10
Bruttolohn- und -gehaltsumme	3,5	6,5	9,5	5,8	7,2	8,5	10
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,6	3,9	7,5	3,0	4,7	7,5	8
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	3,8	14,1	10,5	20,0	9,2	7,5	13
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ⁶⁾	6,2	13,0	11	20,3	6,9	6,5	15
darunter: Entnahmen und Vermögenseinkommen ⁷⁾	8,9	9,6	9	10,0	9,3	9	9,5
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	4,0	9,2	9,5	10,1	8,3	8,5	11
Abschreibungen	9,0	6,7	8,5	6,0	7,4	8,5	8,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	4,6	9,3	8,5	9,2	9,4	8,5	9
Bruttosozialprodukt	4,7	8,9	9,5	9,5	8,3	8,5	10,5

5. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁵⁾	355,4	369,3	398	181,0	188,4	194	204
Öffentliche Einkommensübertragungen ⁸⁾	173,8	187,6	203	91,3	96,3	98,5	104
Entnahmen und Vermögenseinkommen	186,6	203,9	222,5	90,1	113,8	98	124,5
Abzüge: Zinsen auf Konsumentenschulden, nicht zurechenbare Übertragungen ⁹⁾	26,7	28,1	30	13,1	15,1	14	16
Verfügbares Einkommen	689,1	732,7	793	349,2	383,5	377	416
Privater Verbrauch	580,2	627,0	682,5	299,0	328,1	322,5	359,5
Laufende Ersparnis	108,9	105,7	111	50,3	55,4	54,5	56,5
Laufende Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	15,8	14,4	14	14,4	14,5	14,5	13,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ⁵⁾	3,6	3,9	8	3,0	4,7	7,5	8
Öffentliche Einkommensübertragungen ⁸⁾	24,2	7,9	8	8,5	7,3	8	8
Entnahmen und Vermögenseinkommen	8,3	9,3	9	9,5	9,1	9	9,5
Verfügbares Einkommen	9,7	6,3	8,5	6,0	6,6	8	8,5
Privater Verbrauch	8,9	8,1	9	9,1	7,2	8	9,5
Laufende Ersparnis	14,5	- 3,0	5	- 9,2	3,4	8	2

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1975 ¹⁾	1976 ¹⁾	1977 ²⁾	1976		1977	
	Jahre			1. Hj.1)	2. Hj.	1. Hj.2)	2. Hj.2)

6. Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁰⁾
a) in Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	247,2	277,5	305,5	127,0	150,6	139,5	166
Sozialversicherungsbeiträge	155,9	174,1	192,5	82,7	91,4	91	101,5
Erwerbseinkünfte	14,0	14,2	14	7,5	6,8	7,5	6,5
Sonstige laufende Übertragungen	10,7	11,9	13	5,5	6,4	6	7
Empfangene Vermögensübertragungen	5,5	6,8	6	3,3	3,5	3	3
Einnahmen insgesamt	433,3	484,5	531	225,9	256,6	247	284
Ausgaben							
Staatsverbrauch	221,2	235,1	254,5	109,5	125,6	118	136,5
Zinsen	13,9	17,0	20,5	8,3	8,7	10	10,5
Laufende Übertragungen an	201,1	217,6	235,5	105,9	111,7	114,5	121
Private Haushalte ⁶⁾	175,0	188,9	205	91,8	97,1	99,5	105,5
Unternehmen	14,0	14,8	15	7,3	7,6	7,5	8
Ausland	12,1	14,0	15,5	6,9	7,1	7,5	8
Geleistete Vermögensübertragungen ¹¹⁾	24,3	30,6	30	13,9	16,8	13,5	16,5
Nettoinvestitionen	34,2	32,2	31	14,1	18,0	13,5	17,5
Ausgaben insgesamt	494,6	532,5	571	251,7	280,8	269,5	302
Finanzierungssaldo¹²⁾	— 61,3	— 48,0	— 40	— 25,8	— 22,2	— 22,5	— 18

b) Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	0,0	12,3	10	12,8	11,8	10	10,5
Sozialversicherungsbeiträge	9,1	11,7	10,5	10,8	12,5	10	11
Erwerbseinkünfte	2,6	1,3	— 0,5	6,0	— 3,5	— 0,5	— 0,5
Sonstige laufende Übertragungen	6,0	11,1	8,5	7,2	14,7	8,5	8
Empfangene Vermögensübertragungen	17,6	24,1	— 14,5	43,5	10,1	— 12	— 17
Einnahmen insgesamt	3,5	11,8	9,5	12,0	11,7	9,5	10
Ausgaben							
Staatsverbrauch	11,6	6,3	8	7,9	4,9	7,5	8,5
Zinsen	20,3	22,7	20	23,1	22,6	21,5	18,5
Laufende Übertragungen an	21,3	8,2	8	8,8	7,6	8	8,5
Private Haushalte ⁶⁾	23,5	8,0	8,5	8,6	7,4	8	8,5
Unternehmen	0,7	5,8	2,5	7,2	4,4	3	2,5
Ausland	19,1	14,5	11	14,2	14,8	11	10,5
Geleistete Vermögensübertragungen ¹¹⁾	8,5	26,1	— 2	41,3	15,8	— 4	0
Nettoinvestitionen	3,5	— 5,9	— 3,5	— 10,6	— 1,8	— 3	— 3,5
Ausgaben insgesamt	14,8	7,7	7,5	8,9	6,6	7	7,5

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9, 1976, S. 527 ff. und Statistischer Wochendienst, Beilage zu Heft 2 vom 13. 1. 1977) und eigene Berechnungen. Angaben in Mrd. DM ohne Rücksicht auf die jeweils gebildeten Gesamtsummen gerundet. — 2) Vorausschätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Angaben gerundet. — 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — 4) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. — 5) Einschließlich zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber. — 6) Ausschließlich Investitionszulage nach dem 3. Konjunkturprogramm vom Dezember 1974 (1975: 0,12 Mrd. DM; 1976: 4,3 Mrd. DM; 1977: 2,4 Mrd. DM). — 7) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — 8) Einschließlich Zahlungen des Kindergeldes (Familienlastenausgleich) ab 1. 1. 1975. — 9) Steuern im Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (Kraftfahrzeugsteuer der privaten Haushalte, Jagd- und Fischereisteuer), ferner Erstattungsbeträge im Rahmen der Sozialhilfe und Sozialversicherung, Strafen, Verwaltungsgebühren, freiwillige Beiträge von Selbständigen und Nichtselbständigen zur Sozialversicherung, Saldo der Versicherungstransaktionen zwischen Schadenversicherungsunternehmen und privaten Haushalten, Einzelunternehmen u. a. sowie Saldo der laufenden Übertragungen zwischen privaten Haushalten und der übrigen Welt. — 10) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung. — 11) Einschließlich Investitionszulage nach dem 3. Konjunkturprogramm vom Dezember 1974. — 12) Summe aller Einnahmen ohne Bruttokreditaufnahme, Darlehensrückflüsse und Entnahmen aus Rücklagen abzüglich Summe aller Ausgaben ohne Tilgung von Krediten, Gewährung von Darlehen und Zuführung zu Rücklagen.

— Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint am 3. Februar 1977 —

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Verlag Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Straße 43, D-1000 Berlin 36. Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—